währte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Prugs, Castrop.

Castroper Anzeiger

ausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat de[r] [Bez]ieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des B[la]tt[es] oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. S[chrift]leitung: Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleit[ung] werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tagebla[tt]

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 71 — Samstag, den 25. März — 192[2]

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

An der Börse war gestern der Dollar bis 348 gesucht um zum Schluß auf 333 zurückzugehen, weil großes Angebot erfolgte. Holland notierte 12 900, war also um 1000 Punkte gesprungen.

•

Der Aeltestenrat des Reichstages hat endgültig den Termin für die Erklärung der Regierung zur Reparationsnote auf Dienstag nächster Woche festgesetzt.

•

Die französischen Besatzungsbehörden sind an die Mainzer Stadtverwaltung mit der Forderung herangetreten, in aller Kürze außer den für die französischen Besatzungstruppen requirierten und beschafften Wohnungen 1500 neue Wohnungen zu beschaffen, die der Unterbringung von 1500 französischen Kriegerwitwen mit Kindern dienen sollen.

•

Der Berliner Ost- und Westpreußenbund fordert zu einer großen Protestversammlung gegen den beabsichtigten Raub der 5 deutschen Weichseldörfer auf, die Polen zugestanden werden sollen.

•

Zu der Ministerpräsidentenbesprechung in Berlin, die vom bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld angeregt wurde, wird auch Graf Lerchenfeld selbst nach Berlin fahren. Er wird vom Staatsrat Dr. Schmelzle begleitet sein.

•

Der Eisen- und Stahlwarenindustriebund Elberfeld hat einen Einspruch auf telegraphischem Wege an die zuständige Reichsbehörde und an den Reichsverband der deutschen Industrie gesandt.

•

Als erste der Fraktionen des Reichstags hat sich heute die deutschnationale Fraktion mit der durch die Entscheidung des Wiederherstellungsausschusses geschaffenen Lage beschäftigt. In der Fraktion kam die einmütige Stimmung zum Ausdruck, daß der neuen Note entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden müsse.

•

Der deutschen Abordnung für Genua, die der Minister des Aeußern Dr. Rathenau führen wird, sollen der Finanzminister Dr. Hermes, der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Schröder sowie der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt und der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Hirsch angehören

•

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes für das Rechnungsjahr 1922 zugegangen, der für den Fall, daß der Etat nicht bis zum 1. April verabschiedet ist, dem Reichsfinanzminister die notwendigen und üblichen Ermächtigungen zur Weiterführung der Verwaltung erteilt.

•

Die Reichsleitung der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht in der Freiheit einen Aufruf, in dem sie ihren Uebertritt zur U. S. P. D. bekanntgibt. Die Mitglieder der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft werden aufgefordert, sich gleichfalls mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zusammenzuschließen.

•

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat sich in kurzer Sitzung mit dem Vertrag zum Abschluß der endgültigen Donau-Akten beschäftigt und dem Vertrag und dem darauf bezüglichen Gesetzentwurf zugestimmt.

•

Die „Times" erklären, daß ein bedeutendes Londoner Bankhaus Polen einen Kredit von 400 Millionen Pfund gewährt habe, davon etwa eine Million zum Ankauf von Rohmaterialien in London, die von der polnischen Industrie gebraucht werden sollen.

•

Von türkischer Seite verlautet, daß Kemal Pascha den Vorschlag der Orientkonferenz, einen Waffenstillstand mit Griechenland abzuschließen, ablehnt.

•

Die Daily Mail glaubt, daß Lloyd George beabsichtige, einen Sonderfrieden mit der Sowjetregierung zu schließen, falls die anderen Alliierten nicht bereit seien, in Genua eine gemeinsame Politik gegenüber Sowjetrußland zu befolgen.

•

In der französischen Kammer wurde der Vorschlag der sozialistischen Partei, die Beratung des Militärdienstpflichtgesetzes zu vertagen, um allen Völkern die Abrüstung vorzuschlagen, mit 403 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

•

Reuter versichert, daß die Alliierten gemeinsam die amerikanische Note wegen Rückerstattung der Besatzungskosten beantworten werden.

•

Der australische Ministerpräsident Hughes erklärte, daß die Handelsbeziehungen mit Deutschland in vollem Umfange wieder aufgenommen werden müßten.

•

Entsprechend den Abmachungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen werden den Beamten nd Reichsangestellten die neuen Gehälter am 1. April usgezahlt. Die jenigen Beamten, die einen besondern intrag stellen, sollen noch im März einen Vorschuß auf ie neuen Gehälter erhalten.

Das Reichskabinett zur Lage.

Neue Steuern unerträglich. — Einspruch gegen die Finanzkontrolle? — Wirth wird Dienstag reden. — Sein Programm. — Die Entscheidung liegt beim Reichstag.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 24. März. Das Reichskabinett trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, um zu der Note des Wiederherstellungsausschusses Stellung zu nehmen. Zunächst legten die Berichterstatter ihre Auffassung dar. Als erster ergriff der Außenminister Dr. Rathenau das Wort, ihm folgten der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Staatssekretär Simson und schließlich Reichswirtschaftsminister Schmidt. Hierauf folgte eine allgemeine Aussprache. Es wurde festgestellt, daß die Note zum größten Teil durchaus den Erwägungen der Regierungen entspricht, die sie auf Grund der Verhandlungen von Cannes vorausgesetzt hatten. Nur in zwei Punkten sind alle Erwartungen enttäuscht worden, einmal in der Frage der 60 Milliarden neuen Steuern und weiter in derjenigen der Finanzkontrolle. Man ist sich nach wie vor darüber einig, daß sich keine parlamentarische Mehrheit für die Bewilligung von 60 Milliarden neuen Steuern finden wird, da eine derartige Last für das deutsche Volk völlig untragbar ist. Was die Finanzkontrolle betrifft, so entspricht diese Forderung den juristischen Vorbehalten und Protesten, wie sie von deutscher Seite bereits in Versailles gemacht wurden, als es sich um die Abgrenzung der Zuständigkeit der Reparationskommission handelte. Damit ist also der Reichsregierung schon eine Handhabe gegeben, um gegen die Einsetzung einer Finanzkontrolle Einspruch zu erheben. Die Behandlung der Note des Wiederherstellungsausschusses wird sich in folgender Weise abspielen: In der heute nachmittag erfolgenden Sitzung des Kabinetts in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert wird sich die Regierung über die innerpolitische Grundlage schlüssig werden, die für die Beantwortung der Note in Frage kommt. Der Reichskanzler wird, wie bereits gemeldet, in der Dienstagssitzung des Reichstages zu der Note Stellung nehmen. In dieser Erklärung wird der Reichskanzler mitteilen, daß man, soweit irgend möglich, den Wünschen der Wiederherstellungskommission gerecht werden wird. Es wird das Bestreben der der Regierung sein, eine Verminderung der Ausgaben herbeizuführen. Hierbei ist besonders daran gedacht, eine starke Einschränkung in den Ausgaben für Kultur- und Bildungsfragen eintreten zu lassen. In gleicher Weise kommt dies auch bei der Post und Eisenbahn in Betracht. Der Kanzler wird weiter erklären, daß die Last von 60 Milliarden neuen Steuern vom Volk nicht getragen werden kann. Dr. Wirth wird hierbei erklären, daß der Wiederherstellungsausschuß bei seinem Beschluß noch keine genaue Kenntnis von der Zwangsanleihe gehabt hat. Diese Anleihe werde bis zum Dezember d. Js. etwa 40 Milliarden ergeben, was bei dem jetzigen Stand der Mark ungefähr 60 Milliarden ergeben könnte. Ferner wird er betonen, daß durch die Forderung des Wiederherstellungsausschusses die Mark einen katastrophalen Sturz erlitten hat: man werde sich ausmalen können, welcher Stand der Mark erreicht wird, wenn man tatsächlich daran denken würde, den Forderungen des Wiederherstellungsausschusses nachzukommen.

Die Regierung wird dann die Aufnahme der Erklärung in der Oeffentlichkeit abwarten und hofft, daß sich daraus eine internationale Debatte entspinnen wird. Die Beantwortung der Note wird davon abhängig gemacht.

Berlin, 24. März. Die angekündigte Kabinettssitzung fand unter Vorsitz des Reichspräsidenten heute nachmittag im Reichskanzlerhaus statt. In ihr wurde die durch die Note der Reparationskommission geschaffene politische Lage erörtert. Der Reichskanzler legte in längeren Ausführungen im Anschluß an die Verhandlungen, die heute vormittag im Reichskabinett stattgefunden haben, die Richtlinien der von der Regierung einzuschlagenden Politik dar. Der Reichspräsident stellte am Schluß der Aussprache, in der u. a. auch der Reichsaußenminister und andere Minister das Wort ergriffen, fest, daß alle anwesenden Minister mit den vom Reichskanzler dargelegten Richtlinien einverstanden seien. Auf Grund der Aussprache und der in den Ressorts der Reichsregierung noch fortzusetzenden näheren Prüfung der Note der Reparationskommission wird der Reichskanzler am kommenden Dienstag im Reichstag die schon angekündigte Rede halten, in der er den Standpunkt der Reichsregierung darlegen wird. Am Montag nachmittag 3 Uhr findet die Besprechung mit dem nach Berlin geladenen Ministerpräsidenten der Länder statt, bei der sie Gelegenheit haben werden, sich zur politischen Lage zu äußern.

Beratung der Ministerpräsidenten.

Berlin, 24. März. Für kommenden Montag sind die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin berufen, um zur Note der Wiederherstellungskommission Stellung zu nehmen

Aufsehenerregende Mitteilungen über neue Vergewaltigungen.

München, 24. März. Der „Bayerische Kurier" und die „Münchener Neuesten Nachrichten" bringen eine aufsehenerregende Meldung aus Frankfurt a. M. über die drohende Zerschlagung des Deutschen Reiches. Danach soll ein angesehenes Mitglied der Reparationskommission erklärt haben, daß der Einmarsch der Franzosen in Deutschland unabwendbar und daß Poincare fest entschlossen sei, sobald als möglich ein kurzfristiges Ultimatum mit unerfüllbaren Bedingungen zu stellen und dann sofort das Ruhrgebiet, Frankfurt a. M. und die sogenannte Mainlinie zu besetzen, den Norden vom Süden zu trennen, um das Reich in irgend einer Form zu zerspalten. England und Italien würden ebenfalls marschieren, aber nicht gegen, sondern für Deutschland, um zu verhindern daß Frankreich frei in Deutschland walte. Italien werde wohl bis Kufstein gehen und England werde sich in Norddeutschland sein Interessengebiet sichern, um dann Poincare in der Erfüllung seiner Wünsche entgegenzutreten.

Stresemann zur Reparationsnote

Berlin, 24. März. Der Vertreter der „Wiener Neuen Freien Presse" hatte mit dem Führer der Deutschen Volkspartei eine Unterredung über die Note der Reparationskommission. Dr. Stresemann kritisierte die geistige Einstellung, die aus der Note spricht, und die dazu führt, daß die auf Genua gesetzten Hoffnungen für eine wirtschaftliche Gesundung Europas aufgegeben werden müssen. Weiter sagt er: Wie oft sind in den letzten Jahren Stimmen aus England und Amerika zu uns gedrungen, Stimmen von wirtschaftlichen Sachverständigen, die uns sagten, daß sie unsere Sache als die ihrige betrachten. Alle diese Stimmen haben, wie sich zeigt in ihren eigenen Ländern kein Gehör gefunden. Ich selbst habe in letzter Zeit viel mit Franzosen gesprochen die mir sagten, daß sie eine Verständigung mit Deutschland aufrichtig wünschen und die mir zustimmten, als ich darauf hinwies die Reparationsfrage könne nur durch eine internationale Anleihe gelöst werden und als ich sie aufforderte, dahin zu wirken, daß Frankreich seinen vollen Einfluß bei Amerika geltend machen solle, um Amerika zu bestimmen, uns die Anleihe zu gewähren. Und jetzt kommt die Antwort der Reparationskommission und zeigt, wie in Wirklichkeit die Verständigung aussieht, die man in Frankreich anstrebt. Das Traurigste an dieser Note ist der Geist, den sie atmet. Sie zerstört alle Verständigungshoffnungen und wirft uns um ein Jahr zurück.

Die deutsche Industrie und die Reparationsnote.

Berlin, 24. März. Vor der gestrigen Besprechung mit den Parteiführern empfing der Reichskanzler um 5 Uhr nachmittags drei Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Bücher, den Vorsitzenden des Verbandes, Dr. Curt Sorge, den hiesigen Vertreter der Krupp-Werke, sowie den Geheimrat Deutsch von der A. E. G. Die drei Herren legten dem Kanzler eingehend den Standpunkt der deutschen Industrie zu der Note der Reparationskommission dar. Auch sie erklärten dabei, daß die Aufbringung der geforderten 60 Milliarden neuer Steuern unmöglich sei. Im übrigen trugen die Besprechungen einen streng vertraulichen Charakter. Die Besprechungen des Kanzlers mit dem Industrieverband werden fortgesetzt werden.

Die französische über die Reparationsnote

Paris, 24. März. Die französischen Blätter beschäftigen sich ausführlich mit der neuen Note der Reparationskommission, nur die sozialistischen Blätter nehmen noch keine Stellung dazu, sondern beschränken sich auf die Wiedergabe der Beschlüsse. Der „Petit Parisien" schreibt, daß das deutsche Volk nun gezwungen sein wird, hart zu arbeiten und sich schwere Entbehrungen aufzuerlegen, um die Alliierten bezahlen zu können. Die „Victoire" sagt, haben die Deutschen endlich verstanden, daß es aus ist mit dem Lachen und daß man nach einem Jahr des Hin- und Herredens nun zu Taten schreiten wird? Kann man es ihnen verargen, daß einmal die Geduld der Alliierten, wenigstens der Franzosen und Belgier, am Ende angelangt ist. Sie können uns des Militarismus anklagen, aber keine Macht der Welt kann uns daran hindern, uns selbst bezahlt zu machen. „Liberte" schreibt, Deutschland ist noch nicht Bankerott erklärt worden, aber es ist eine gerichtliche Aufstellung aufgenommen worden. Die Alliierten haben von heute an eine dreifache finanzielle und wirtschaftliche Kontrolle über Deutschland auszuüben. „Homme Libre" schreibt, endlich ist die Kontrolle gekommen. Das erste Mal seit dem Frieden ist ein klarer und bestimmter Beschluß gefaßt worden. Die Reparationskommission gibt ihre Anstellung als Hilfsbuchhalter auf, um Kassierer zu werden. Fast unbegreiflich scheint es, daß man 3 Jahre brauchte, um dahin zu gelangen.

Der Widerhall.

Der Eindruck, den die Note der Reparationskommission in Deutschland hervorgerufen hat, ist der Enttäuschung und der Bestürzung. Man glaubte, der Geist, in dem die Note geschrieben ist, auch in halb der Entente bereits überwunden sei. Die Spr[ache] die die Note der Reichsregierung gegenüber führ[t] nicht die des Gläubigers, sondern die des harten gers, der den Gegner demütigen und vernichten In der deutschen Presse kommt die Ueberzeugung der Unmöglichkeit und Unannehmbarkeit der Ent[e]forderungen recht einheitlich zum Ausdruck. Man eine selten geschlossene Abwehrfront von ganz r[e] bis zur „Roten Fahne" beobachten, die sich entschl[ie]dagegen wendet, daß die deutsche Arbeiterschaft Kuli des Weltkapitals werden soll. Eine Sonderstel[lu]nimmt eigentlich nur die „Vossische Zeitung" ein, in Georg Bernhard den Nachdruck auf die Herabsetzung deutschen Zahlungen legt und seine Hoffnungen eine weitere Verhandlung baut, die dahin führen len, daß Deutschland die Forderungen erfüllt, d[a]aber eine Goldanleihe erhält. Nur besteht offenbar der Gegenseite hierzu nicht die geringste Neigung! dererseits ist es beachtenswert, daß auch in der rechtsstehenden „Deutschen Tageszeitung" gesagt w[ird] man solle zwar die Note voll und unbedingt ablehn[en] aber es seien trotzdem noch Verhandlungen über wisse Punkte möglich.

Betrachtet man also das Echo in der deutschen P[resse] so sollte man glauben, daß die Herstellung einer Ein[heit] der bisher so weit nach rechts und links e[in]anderstrebenden Parteien diesmal verhältnismäßig leicht müßte. Es ist doch klar, daß eine solche völlig ein[mü]tige Ablehnung durch den gesamten Reichstag, hi[nter] dem in diesem Falle ganz zweifelsfrei das ganze d[eu]tsche Volk steht, auf der Gegenseite einen viel größe[ren] Eindruck machen würde, als wenn jetzt wieder die wohnten üblen innerpolitischen Auseinandersetzun[gen] zwischen den Erfüllungspolitikern und ihren Gegn[ern] beginnen, wie es leider den Anschein hat. Das kom[mt] heute bereits in einem Telegramm des Berliner [Be]richterstatters der „Times" zum Ausdruck, der berich[tet] daß in Deutschland die Note der Reparationskomm[is]sion von allen Seiten als unmöglich und mit der Wü[rde] eines souveränen Staates unvereinbar bezeichnet wü[rde] In diesem Falle zeigt uns der Feind, der ja immer [ein] ehrlicher Feind gewesen ist, was wir sollen. Es wä[re] besser, den leidigen innerpolitischen Streit darüber, die Erfüllungspolitik richtig war oder nicht, endlich e[in]zustellen. Viel wichtiger wäre es, wenn man eine Ei[n]gung der Parteien darüber zustande brächte, daß, [so] die Entente auf ihren unerfüllbaren Forderungen [be]steht, von einer Fortsetzung der Erfüllungspolitik [k]eine Rede mehr sein kann.

Die Aussichten zu einer Zusammenfassung der P[ar]teien auf diesem Boden sind nicht ungünstig, denn [a]uch die Anhänger der Erfüllungspolitik haben von vornh[er] ein betont, daß durch die Erfüllung nur die Unerfü[ll]barkeit der gegnerischen Forderungen praktisch bewies [w]erden und einer Revision der Weg gebahnt werden soll. E[s] beweist sich das durch die Schuld der Entente nicht a[uch] möglich, so ist die Erfüllungspolitik eben als ein mi[ß]lungener Versuch am untauglichen Objekt anzusehe[n]. Denn überzeugen kann man natürlich nur einen Ge[g]ner, der hören will und der nicht in unserer Vernic[h]tung sein Ziel sieht.

Eine solche einmütige Willenskundgebung des deu[t]schen Volkes über die notwendigen Voraussetzunge[n] für die Fortsetzung der Erfüllungspolitik würde sich auf der Gegenseite nicht ohne einen starken Eindru[ck] bleiben. Das kommt auch bereits in der Aeußerun[g] des erwähnten „Times"-Korrespondenten zum Ausdru[ck] der die Hoffnung ausspricht, daß die letzte Note nic[ht] als ein Ultimatum sondern als Grundlage zur weitere[n] Erörterungen angesehen werde, denn jedes Abweiche[n] von der bisherigen Erfüllungspolitik werde wahrschein[lich] Deutschland und damit das gesamte Reparationsproblem in eine weit schlimmere Lage bringen. Da[s] sieht man auch in Deutschland durchaus ein. Aber wen[n] man uns nur die Wahl läßt zwischen der Vernichtun[g] ohne die Erfüllungspolitik und der durch sie, so da[rf] man sich nicht wundern, wenn wir an dieser jedes In[te]resse verlieren. Es ist wichtig, daß man endlich auc[h] in England einsieht, daß nicht nur Deutschland sonder[n] die ganze Reparation überhaupt davon abhängt, ob uns die Entente die Fortsetzung des bisherigen Kurse[s] als vorteilhaft erscheinen läßt. Wenn es gelingt, di[e] deutschen Parteien und das hinter ihnen stehende deut[sche] Volk in dieser kühlen, wahrhaft politischen Auffas[sung] der Erfüllungspolitik zu einigen, so ist das un[end]lich viel wichtiger als die ganz nebensächliche Streit[frage], ob Wirth bleiben oder gehen soll. Wenn die Ent[e]nte sieht, daß der Widerhall ihrer Note im deutschen Volke eine einhellige Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen ist und dauernd bleibt, dann werden sie ihre Staatsmänner und Politiker darüber klar werden, daß sie allein jetzt darüber zu entscheiden haben, ob über erfüllbare Dinge weiter verhandelt werden soll. Nur in diesem Falle kann es in Zukunft eine Erfüllungspolitik geben.

Aus dem Reiche.

Bevorstehender Schiedsspruch Calonders.

Genf, 24. März. In den deutsch-polnischen Verhandlungen fand gestern eine öffentliche Sitzung statt, in der die beiden Parteien in ausführlicher Weise ihren Standpunkt über diejenigen Fragen darlegten, in denen noch keine Einigung erzielt worden ist. Bundesrat Calonder gab bekannt, daß er seinen Schieds-

Umänderung der Staatsbetriebe in eine Aktiengesellschaft.

Berlin, 24. März. Im Haushaltsausschuß des preußischen Landtages gab der Handelsminister Sterung heute die Erklärung ab, daß alle staatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen in eine einzige große Aktiengesellschaft umgewandelt werden müßten. Er der Minister, denke dabei an eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Diese Körperschaft solle durch einen kleinen Ausschuß des Landtages gebildet werden, im Aufsichtsrat aber müßten auch führende Männer des Wirtschaftslebens sein. Das Handelsministerium müsse daher geändert werden, daß in ihm eine zentrale Betriebsverwaltung eingerichtet wird. Dafür seien Beamte im bisherigen Sinne nicht geeignet. Die Parteien gaben Erklärungen ab, in denen sie die Absicht, die Staatsbetriebe in eine Aktiengesellschaft umzuändern, billigten.

Die Weichseldeutschen beim Reichskanzler.

Berlin, 24. März. Der Reichskanzler empfing gestern morgen eine Deputation von Vertretern der Bevölkerung der Weichselniederung unter Führung des Präsidenten von Westpreußen. Der Deputation gehörten der Deichhauptmann Dirksen, ein Danziger Volksbeauftragter, sowie führende Persönlichkeiten aus Ost- und Westpreußen an. Die Erschienenen gaben dem im Bezirk Marienwerder ausgesprochenen einmütigen Protest der Bevölkerung gegen die Abtretung der deutschen Ortschaften auf dem rechten Weichselufer Ausdruck und baten die Reichsregierung um ihre Unterstützung, damit die Ortschaften deutsch bleiben und Westpreußen der Zugang zur Weichsel gesichert werde. Der Reichskanzler sagte ihnen nachdrückliche Hilfe und Unterstützung der Reichsregierung zu und gab die Maßnahmen bekannt, die bereits in die Wege geleitet seien, um den Wunsch der Bevölkerung der Weichselniederung zur Geltung zu bringen. Die Deputation wurde auch vom Minister des Aeußeren Dr. Rathenau empfangen.

Umgestaltung bei der „Germania".

Aus Berlin wird berichtet, daß der Reichsgeneralsekretär der deutschen Zentrumspartei, Dr. Kaxendorger demnächst in die Geschäftsleitung der „Germania" eintreten wird.

Dieser Vorgang ist eines der äußeren Zeichen des Umgestaltungsprozesses, der sich bei der „Germania" vollzieht. Der Reichstagsabgeordnete Florian Klöckner ist seit einiger Zeit Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Germania". Ihm schwebt der Gedanke vor, das in der Reichshauptstadt erscheinende Parteiorgan zu einem großen Parteiblatt auszubauen. Durch Erhöhung des Aktienkapitals sind die Mittel hierzu aufgebracht worden. Als geschäftsführende Direktoren sind mit Wirkung vom 1. April an ernannt worden die Herren Dr. Kaxenberger, bisher Generalsekretär der deutschen Zentrumspartei und Regierungsrat Dr. Spiecker, der in der jüngsten Zeit als preußischer Beamter in Oberschlesien tätig war.

Wie wir hierzu weiter hören, wird der bisherige Direktor Müller von der „Germania" am 1. April in einen Urlaub gehen, aus dem er nicht wieder auf seinen Posten zurückkehrt.

Weiter verlautet daß auch der bisherige Chefredakteur Dr. August Hommerich die „Germania" verläßt und als Ministerialrat im Reichsfinanzministerium künftig tätig sein wird.

Radeks zweiter Besuch in Berlin.

Berlin, 24. März. Einige Blätter hatten gemeldet, der russische Regierungsbevollmächtigte Radek halte sich gegenwärtige in Berlin auf. Wie das „Berl. Tageblatt" hört, geht diese Meldung den Tatsachen voraus. Radek ist noch nicht hier eingetroffen. Er wird allerdings in den nächsten Tagen hier erwartet. Doch dürfte sein Besuch diesmal nicht mit den seinerzeit aufgenommenen deutsch-russischen Besprechungen im Zusammenhang stehen. An unterrichteter Stelle ist man der Auffassung, daß Radek diesmal allerdings als Schrittmacher für die russische Delegation gilt, da er sich über Berlin nach Genua zu begeben gedenkt. Das im gegenwärtigen Augenblick neue Verhandlungen über die künftige Gestaltung der russischen Beziehungen aufgenommen werden könnten, hält man für unwahrscheinlich.

Erleichterung der Eingemeindungen.

Die neue Gemeindeordnung.

Dr. Freund über ihre Grundlagen.

Berlin, 24. März. Vor Vertretern der Presse sprach gestern nachmittag der Staatssekretär Dr. Freund aus dem preußischen Innenministerium über die Grundlagen der neuen preußischen Städte- und Landgemeindeordnung, die er als einen Hauptbestandteil des großen Werkes der allgemeinen preußischen Verwaltungsreform bezeichnete. Die allgemeine Verwaltungsreform umfaßt sowohl die kommunale wie die staatliche Verwaltungsreform. Letztere wird einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben, um so mehr, als ihr im Augenblick noch technische und finanzielle Schwierigkeiten entgegenstehen. Als ein Hauptleitgedanke bei der neuen Städteordnung war der Wunsch nach einer einheitlichen Regelung für das ganze Staatsgebiet herrschend. Ferner stand im Vordergrund der Kommunalisierungsgedanke, der den Städten eine größere Bewegungsfreiheit lassen will. So können durch Ortsverfügungen die Betriebsverwaltungen dem Haushaltsplan und der Stadtverordnetenversammlung gegenüber selbständiger gestaltet werden. So sollen ferner die Städte in die Lage versetzt werden, einzelene Betriebszweige zu monopolisieren. Wesentlich ist in der neuen Städteordnung sodann die Verbesserung des Aufsichts- und Bestätigungsrechts und die Beschränkung der staatlichen Aufsicht auf ein Mindestmaß.

Wohl einen der wichtigsten Punkte bedeutet schließlich die Erleichterung der Eingemeindungen. Das bekanntlich bisher außerordentlich schwierige Verfahren, das eine erhebliche Belastung des Parlaments bedeutete, soll in Zukunft derart gerezelt werden, daß die Vereinigung einer Gemeinde mit einer anderen Gemeinde durch das Staatsministerium erfolgt. Hervorzuheben ist ferner, daß die neue Städteordnung auf örtliche und provinzielle Besonderheiten weitestgehend Rücksicht nimmt. Im Streit zwischen Magistratsverfassung und Bürgermeistereiverfassung hat man die letztere als die an sich bessere gewählt. Trotzdem bleibt es bei der Beibehaltung beider Verfassungen. Nur die Neueinführung der Magistratsverfassung, wo sie nicht bestand, nicht stattfinden darf und die Einführung der Bürgermeistereiverfassung an Stelle der Magistratsverfassung endgültig sein muß.

schreiten. Nur in Groß-Berlin soll, um den Neubildungsprozeß mit der Stadtgemeinde nicht zu zerstören, die jetzige Vertretung rechtsgültig bleiben. Die Veröffentlichung des gesamten Textes der neuen Städte- und Landgemeindeordnung wird bereits in den nächsten Tagen erfolgen. Die neue Provinz- und Kreisordnung steht auch in naher Zukunft zur Veröffentlichung bereit.

Das Ringen um die neuen Steuern im Reichstage.

Der Kampf, der um die neuen Steuern im Reichstag geführt wird, nimmt immer groteskere Formen an. Die Donnerstagssitzung dauerte bis 1½ Uhr morgens und um 1½ Uhr Freitags war das hohe Haus schon wieder versammelt. 10 Kleine Anfragen wurden zunächst erledigt. Auf den Hinweis des Demokraten Weiß auf die schwere Not der deutschen Zeitungen konnte der Regierungsvertreter nur die allgemeine wirtschaftliche Depression ins Feld führen. Er kündigte weitere Ermittelungen an, die von der Regierung im Einvernehmen mit dem interfraktionellen Ausschuß des Reichstages und dem Reichsrat angestellt werden sollen. Man sollte von diesen Erwägungen doch endlich einmal zu Taten übergehen und die Wünsche der Presse berücksichtigen. Zur Kenntnis genommen wurde dann, daß ein Gesetzentwurf in Aussicht steht, der die Prägung von 1- bis 5-Mark-Stücken in Metall regeln wird. Der Vertrag zum Abschluß der endgültigen [illegible]nau-Akten wurde sodann genehmigt. Darauf fand sich das Haus zu einer einmütigen Kundgebung gegen die Vergewaltigung der rein deutschen Weichseldörfer, die nach dem Willen der Entente zu Polen geschlagen werden sollen, zusammen. In einer scharfen Erklärung, die der Präsident verlas, wurde das große Unrecht gegeißelt, das hier wieder dem deutschen Volke angetan werden solle. Es liegt ein offener Bruch des Friedensvertrages vor, den der deutsche Reichstag nicht hinnehmen darf. Mit stürmischen Zustimmungskundgebungen billigte der Reichstag die Worte des Präsidenten. Nur fünf Kommunisten hielten sich abseits und träumten von Moskau. Nach einer erfreulich einmütigen Willenskundgebung des deutschen Parlaments, die ihren Eindruck auf die fremden Staatsmänner sicherlich nicht verfehlen wird, wandte sich das Haus wieder der zweiten Lesung der Steuervorlagen zu, die mit ihren mancherlei Zwischenfällen und Hammelsprüngen nur mühsamen Fortgang nahm. Die Erhöhung der Zölle wurde gebilligt. Dem Finanzminister bleibt die Festsetzung des Zeitpunktes des Inkrafttretens des Gesetzes überlassen. Der Kommunist Remmele, der in der Donnerstagssitzung das Haus drei Stunden lang aufgehalten hatte, zeigte sich auch heute wieder als Dauerredner. Im Flüstertone, um seine Stimme zu schonen, sprach er über allerlei Steuerfragen, anläßlich der Vorlage über die Aufhebung der Zollerleichterungen, die während der Kriegszeit in Gültigkeit waren. Das Haus hatte sich stark geleert. Nur wenige Horchposten blieben zurück. Herr Remmele aber flüsterte weiter und suchte den Ruf des Stundendauerredners Antrick, der bei dem Zolltarifkampf einen Rekord aufgestellt hatte, näherzukommen. Nach 2½stündiger Obstruktionsrede des Abg. Remmele konnte die Vorlage angenommen werden. Auch die Zuckersteuer wurde gebilligt. Sie beträgt 50 Mark für 100 Kilogr. Reingewicht. Auch die anderen noch ausstehenden kleinen Vorlagen gelangten in der Ausschußfassung zur Annahme. Der kommunistischen Obstruktion wurde man dadurch Herr, daß man über die Vorlagen nur eine allgemeine Aussprache zuließ. Entsprechend der Geldentwertung wurde bei allen Gesetzen die Geldstrafe erhöht.

Aus dem Auslande.

Frankreich.

Poincare stellt die Vertrauensfrage.

Paris, 24. März. Das „Echo de Paris" teilte heute früh mit, daß der Ministerpräsident beabsichtige, gelegentlich der Abstimmung über die 18monatige Dienstzeit die Vertrauensfrage einzubringen. Das Blatt bemerkt weiter, der Minister werde in aller Kürze Gelegenheit haben, der Kammer formell zu erklären, daß die Regierung kein anderes Projekt als das der 18monatigen Dienstzeit annehmen kann.

Verschmelzung der Invaliden- und Angestellten-Versicherung.

Zu den unerträglichen Zuständen, die durch die Erhöhung der Versicherungsgrenze bei der Angestelltenversicherung in der Invaliden- und Angestellten-Versicherung eingerissen sind, macht Landesrat Helms, Lübeck, in der „Sozialen Praxis" bemerkenswerte Ausführungen. Ursprünglich hat die Reichsversicherung für Angestellte den größten Teil derjenigen erfaßt, die bereits in der Invalidenversicherung versichert waren. Nach oben hin ging sie mit den leitenden und besser bezahlten Angestellten über die Invalidenversicherung hinaus, nach unten hin blieben allein die Büroangestellten befreit, die mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt waren. Die Praxis hat ergeben, daß der Kreis dieser Angestellten ein verschwindend kleiner ist, denn selbst ein Bürolehrling ist heute nicht ausschließlich mit mechanischen Dienstleistungen betraut.

Die große Zahl der Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 2000 Mk. unterlag doppelter Versicherungspflicht, und dementsprechend wurden die Beiträge für die Gehaltsklassen A bis E so bemessen, daß sie erst einschließlich der Beiträge zur Invalidenversicherung den Regelsatz von 8 Prozent erreichten.

Inzwischen ist unter dem Einflusse der Geldentwertung die Versicherungsgrenze für die Angestellten auf 30 000 Mk. festgesetzt worden, während die Invalidenversicherung bei der lächerlichen Grenze von 2000 Mk. stehen geblieben ist. Nur die Angestellten der untersten Gruppe bleiben heute noch Invalidenmarken. Die Versicherungspflicht gilt dagegen nach wie vor für die einfachen Bürogehilfen, die im wesentlichen unter Aufsicht der Leitung arbeiten, für die Schiffsoffiziere und sonstigen Schiffsangestellten in gehobener Stellung. Diese beiden Gruppen unterliegen also auch heute noch der Doppelversicherung, nur mit dem Unterschiede, daß jetzt in den höheren Gehaltsklassen die Beiträge nicht mehr auf die doppelte Leistung abgestimmt sind, sondern daß sie und mit ihnen ihre Arbeitgeber die volle Last der stark erhöhten Beiträge zu tragen haben. Allen Betroffenen muß dieser Rechtszustand völlig unverständlich erscheinen, und es ist begreiflich, daß sie sich mit Händen und Füßen gegen die Doppelversicherung wehren. Die Folge davon ist, daß sie sich in einem fortgesetzten Kriegszustand mit der Landesversicherungsanstalt befinden. Endlose Streitverfahren mit weitläufigen und schwierigen Feststellungen über die „gemischte Tätigkeit" werden die Folge sein. Am häufigsten wird das Problem aufgerollt bei den reinen Schreibhilfen des Kaufmanns (Stenotypistinnen und Schreibmaschinisten). Sind sie Handlungsgehilfen, so gilt für sie die Verdienstgrenze und damit Befreiung von der Invalidenversicherungspflicht. Sind sie dagegen Gewerbegehilfen — in den weitaus meisten Fällen werden sie dazu zu rechnen sein, weil sie keine kaufmännischen Dienste leisten — so gilt auch für sie die Doppelversicherung.

Einzig und allein die Verschmelzung der Invaliden- mit der Angestellten-Versicherung kann hier Abhilfe schaffen. Jede andere Lösung ist ein Unrecht an der Invalidenversicherung. Es ist schon schlimm genug, daß man sie lediglich der Angestelltenversicherung zuliebe bei der sinnlosen Verdienstgrenze von 2000 Mk. festgehalten hat, die heute von dem kleinsten Angestellten wesentlich überschritten wird. Nur die Verschmelzung beider Versicherungszweige gibt Gewähr, daß jeder Angestellte und Arbeiter einfach nach Maßgabe seines Jahresarbeitsverdienstes versichert wird. Wollte man am anderen Ende beginnen und die unteren Angestellten von der Angestelltenversicherung befreien, so würde an den bestehenden Zuständen nichts gebessert werden.

Aufruf zur Erhaltung des deutschen Zeitungswesens.

Die schwere Not, in der sich die deutschen Zeitungen befinden, hat in der am 13. März in Weimar gefaßten Entschließung des Vereins deutscher Zeitungsverleger einen überzeugenden Ausdruck gefunden. Der Gesamtvorstand des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen hat sich jetzt in einer Sitzung in Dortmund mit dieser Lage der Zeitungen erneut beschäftigt. Er ist der Ueberzeugung, daß die Krise in der letzten Zeit Formen angenommen hat, die das Zeitungswesen mit dem Ruin bedrohen. Das muß mit allen Mitteln verhindert werden, denn von dem Zusammenbruch der deutschen Presse würden nicht allein die Zeitungen und die im Zeitungswesen tätigen Personen betroffen, sondern vor allem wäre das ein Verhängnis für die Allgemeinheit und das deutsche Vaterland. Der Vorstand richtet daher an die Regierung und alle zuständigen Stellen die Aufforderung ungesäumt zu handeln, um in gemeinsamer Arbeit mit den Organisationen der Verleger und Redakteure die dem Zeitungswesen drohenden Gefahren abzuwehren.

Der Vorstand faßte folgende

Entschließung:

Angesichts der ernsten Nachrichten von der Verlegerversammlung in Weimar über den drohenden Zusammenbruch der Zeitungen halten die Vertreter der Organisationen der Redakteure in Rheinland und Westfalen es für ihre Pflicht, aus eigenem Antrieb vom Standpunkt der geistigen Leitung der Zeitungen besonders dieser Landesteile aus, das deutsche Volk auf die hohen

geistigen und Kulturinteressen

hinzuweisen, die bei dem Niedergang des Zeitungswesens auf dem Spiele stehen. Die Notlage der Zeitungen ist offensichtlich. Der Bezugspreis deckt heute nur etwa die Hälfte der bloßen Papierkosten; der Anzeigenteil aber — die wirtschaftliche Grundlage der meisten Zeitungen und zugleich eines der wenigen notwendigen Mittel, unsere durcheinandergeratene Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen — soll als Luxus besteuert werden! Andererseits vermehren die Materialkosten, worunter vor allem das Papier demnächst vom 40fachen des Friedenspreises auf das 50- bis 60fache zu stehen kommen soll, und die gestiegenen Postzeitungs- und Telephongebühren die Ausgaben in einer Weise, daß die Verlage schon bisher nicht mehr imstande waren, für die zeitgemäße Ausgestaltung des Inhalts Mittel bereitzustellen und der ganzen Treue der Leser und ihrer Anzeigenkundschaft bedurften, um die Zeitung notdürftig über Wasser zu halten. Die Teuerungswelle aber schreitet gegenwärtig in so ungeahnt sprunghafter Weise voran, daß die Erhöhung der Einnahmen der Zeitungen kaum damit Schritt halten kann; rasch naht der Zeitpunkt, da die einen werden eingehen, die anderen grundstürzende Einschränkungen vornehmen müssen.

Dann aber wird

die geistige und wirtschaftliche Not unseres Volkes

erst recht offenbar werden. Außer an einigen wenigen Zeitungen mit besonders günstigen Verhältnissen wird die große Mehrzahl der Redaktionen nicht mehr in die Lage gesetzt sein, durch die kostspielige Beibehaltung und weitere Heranziehung von Fachleuten und erfahrenen Mitarbeitern auf allen Lebensgebieten

die Eigenart und Selbständigkeit

des Inhalts aufrecht zu erhalten. Sein vielgestaltiger Reichtum an hochstehenden geistigen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beiträgen wird zum Schaden der Mitarbeiter und Schriftsteller bloßem Nachrichtenmaterial aus billigen allgemeinen Bezugsquellen weichen müssen. Die geistigen Leiter der Zeitungen haben dann vergeblich auf eine ihrer Arbeit und Verantwortung entsprechende Entlohnung, viele davon werden auch keine Beschäftigung mehr in ihrem Berufe finden bezw. mit Zeitungsangestellten und -gehilfen der Arbeitslosigkeit verfallen. Die übrigbleibenden aber können für den Wiederaufbau unseres Volkes, für den wir jetzt alle Kräfte einzusetzen bemüht sind, wenig mehr beitragen; dagegen steht zu befürchten, daß unlautere Einflüsse die Notlage benutzen, um sich in den Zeitungen Eingang zu verschaffen und unseren uneigennützigen Dienst am Gemeinwohl zu ihren Zwecken zu mißbrauchen. Insbesondere wird im besetzten Gebiet die vaterländische Aufgabe der Presse am Rhein, die uns ganz besonders am Herzen liegt, sowohl hinsichtlich der Treue zur deutschen Volksgemeinschaft, wie der Milderung der Nöte der Bewohner kein Instrument mehr haben, den fremden Machtmitteln erfolgreich zu begegnen. Auch die ungeheueren Kosten für Vertretungen im Ausland, die für unser nationales Wohlergehen heute und in der Folgezeit so ganz besonders bedeutungsvoll sind, werden den Verlagen nicht mehr erschwinglich sein.

Die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Zeitungen

ist also mit der vollen Auswirkung ihres geistigen Inhaltes und mit der Erfüllung ihrer vielseitigen bedeutungsvollen Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit untrennbar verbunden. Unser Volk vor einem Absturz von seiner Kulturhöhe neben dem politischen Niedergang zu bewahren, erheben wir unsere Stimme,

um seiner geistigen Interessen willen,

die auch die Interessen jedes einzelnen Volksgenossen sind. Möge unser Ruf von den Regierungen und den Parlamenten, wie vom ganzen Volke gehört werden, solange es noch Zeit ist, damit eines der wichtigsten und unbestechlichen, dabei kulturell hochstehenden Presse einer leistungsfähigen, unabhängigen, uneigennützigen und unbestechlichen, dabei kulturell hochstehenden Presse Deutschland erhalten bleibt!

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens.

Auf den Zechen des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Zechen) hat die Kohlenförderung betragen:

	Gesamt-förderung:	Zahl der Arbeitstage:	arbeitstägl. Förderung:
Februar 1922	7 737 974 To.	24	322 416 To.
Januar 1922	8 132 763 To.	25¼	322 090 To.
Februar 1921	8 174 606 To.	24	340 609 To.
Februar 1913	9 194 112 To.	24	383 088 To.

Das im Vergleich zum Januar 1922 um rund 400 000 To. geringere Ergebnis der Februar-Förderung ist durch die geringere Zahl der Arbeitstage (24 im Februar gegen 25¼ im Januar) bedingt. Maßgebend für die Beurteilung der Entwicklung der Kohlenförderung ist allein die arbeitstägliche Förderung, die sich im Februar auf 322 416 To. stellte, gegen 322 090 To. im Januar. Bei einem Vergleich mit der Förderung des Monats Februar 1921, in dem rund 18 200 To. mehr gefördert wurden als im Februar d. Js., ist zu beachten, daß Anfang vergangenen Jahres das Ueberschichten-Abkommen noch in Kraft war. Gegenüber der Vorkriegszeit (Februar 1913) betrug die Minderförderung im Berichtsmonat rund 61 000 To. trotz einer um etwa 157 000 Mann vermehrten Belegschaft. Die Ursache ist in den veränderten Betriebsverhältnissen, vor allem in der Verkürzung der Arbeitszeit, zu suchen. Die Belegschaftsziffer hat sich gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert (561 158 Ende Februar gegen 561 086 Ende Januar 1922). Die Wagengestellung betrug im Monat Februar 436 191 D.-W., d. s. arbeitstäglich 17 328 D.-W. gegen 20 368 D.-W. im Januar 1922. Die Wagengestellung hatte sehr unter dem Eisenbahnerstreik zu leiden, der vom 2. bis 8. Februar dauerte. Die höchste Gestellung war am 14. Februar mit 25 543 D.-W. Im Laufe des Monats haben insgesamt 116 205 D.-W. gefehlt oder arbeitstäglich 4744 D.-W. Die Wasserstraßen, namentlich die Kanäle, waren in der ersten Hälfte des Monats längere Zeit wegen Frostes gesperrt.

60 000 arbeitslose Metallarbeiter in Bayern.

München, 24. März. In München sind 60 000 Arbeiter der Metallindustrie durch den Streik oder Aussperrung arbeitslos.

Ablehnung des Schiedsspruchs im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 24. März. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen hat den für das Versicherungsgewerbe vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch wegen unerträglicher Belastung abgelehnt.

Streikgefahr in Mannheim-Ludwigshafen.

Mannheim, 24. März. Bei den gestern in den Betrieben der Metallindustrie in Mannheim und Ludwigshafen vorgenommenen Urabstimmungen wurden etwa 16 260 Stimmen für den Eintritt in den Streik und für die Beibehaltung der 7tägigen Kündigungsfrist abgegeben und 1396 dagegen. Heute vormittag werden in allen Betrieben die Kollektivkündigungen für den 31. März eingereicht. Der Streik beginnt demnach, wenn nicht ein Schlichtungsverfahren eingeleitet und damit eine Zurücknahme der Kündigung erzielt wird. Der Reichsarbeitsminister hat den Termin des Schlichtungsausschusses auf den 28. März festgesetzt.

Brandmarkung von verurteilten Wucherern.

Berlin, 23. März. Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft beantragte Dr. Krassinger (Soz.), den § 1 des Gesetzes über die Verurteilung wegen Preistreiberei folgende Fassung zu geben: Bei vorsätzlichem Zuwiderhandeln gegen die Strafvorschriften über Preistreiberei, Schleichhandel oder unzulässigen Handel, wenn auch Freiheitsstrafen von 3 Monaten oder darüber oder zu Geldstrafen von 10 000 Mk. oder darüber erkannt wird, neben der Strafe stets die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilten durch eine Tageszeitung sowie den öffentlichen Anschlag auf Kosten des Verurteilten anzuordnen. Das gleiche gilt bei Verurteilungen zu solchen Strafen wegen vorsätzlicher oder verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände.

Berliner Finanz- und Wirtschaftsbrief.

Wie draußen in der Natur, so scheint auch in unserer Politik der Winter, den wir bereits überwunden glaubten, noch einmal zurückkehren zu wollen. Der Inhalt der Note die die Reparationskommission an die Reichsregierung gerichtet hat, zeigt, daß wir seit dem Londoner Diktat politisch kaum einen Schritt vorwärts gekommen sind. Von der Politik hängt aber unsere deutsche Wirtschaft heute vollkommen ab. Die Abwärtsentwicklung auf der schiefen Ebene, auf der unsere Volkswirtschaft sich befindet und die um so schneller sich vollzieht, je tiefer wir sinken, kann nur zum Stillstand kommen, wenn endlich eine Wandlung in der Weltpolitik eintritt. Dazu sind die Aussichten aber, wie die erwähnte Note beweist, heute trauriger denn je. Der französische Imperialismus dem die Zerstörung der deutschen Wirtschaft als einzige Sicherung Frankreichs erscheint, hat einen neuen, entscheidenden Sieg errungen.

Der ehrlichen Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth ist es nicht gelungen, eine wesentliche Aenderung in Bezug auf die Politik der Entente dem deutschen Volke gegenüber herbeizuführen. Gegenüber dieser wichtigsten Tatsache treten alle übrigen Erscheinungen auf wirtschafts-politischem Gebiet natürlich an Bedeutung völlig zurück. Auch die deutschen Börsen sind hiervon ganz und gar beeinflußt. Die Mark hat wieder den Tiefstand von Ende November erreicht, der Dollar ist auf den Kurs von 348 emporgeklettert, und wir stehen vielleicht sogar vor einem weiteren Marksturz. An den Effektenbörsen dagegen dürfte der Schlag, den uns die Entente wieder versetzt hat, zunächst eher lähmend wirken. Der wachsende Kapitalmangel, die steigende Teuerung auf allen Gebieten, die Gefahr eines Erlahmens der Kaufkraft und vor allem die drohende völlige Entwertung der Mark sowie endlich auch die Möglichkeit politischer Konflikte, das alles mahnt die Spekulation zur Vorsicht.

Eine Frage, mit der sich die Finanzsachverständigen zurzeit sehr eingehend beschäftigen, ist die der Kreditnot. Zweifellos wird bei steigender Inflation die Kreditlage sich sehr verschärfen. Schon beginnen die Banken, teils aus Kapitalmangel, teils aus sonstigen Bedenken, die Kreditgewährung an die Industrie einzuschränken. Je unklarer aber die politische Lage wird, desto vorsichtiger und zurückhaltender müssen die Großbanken sein. Man wird also in nächster Zeit mit einer erheblichen Versteifung des Geldmarkts rechnen müssen. Dadurch wird auch die Industrie verhindert, die geschäftliche Hochkonjunktur, deren sie sich zurzeit erfreut, restlos auszunützen. Auch die Industrie wird also ihrem Ausdehnungsdrang mit Rücksicht auf das schwere Gewitter am politischen Horizont Zügel anlegen müssen.

Wieder einmal weht in Deutschland scharfe Krisenluft. Von der Möglichkeit, einen Ausweg zu finden, um die Wirtschaftskatastrophe zu vermeiden, wird der weitere Gang der Entwicklung wesentlich abhängen.

Zweites Blatt der Castroper Zeitung

Nr. 71. Rauxeler Neueste Nachrichten. • Bladenhorster Tageblatt. Samstag den 25. März 192

Aus Stadt und Land.

Vorfreude!

Märzenschnee — — — —
Tust nicht mehr weh.
Ich lache dein ...
Dein ganzes Sein
Ist Lug und Trug.
Ich sag dir, klug
Du mußt jetzt weichen
Dem knospenreichen
Hellockigen Knaben,
Der mit reichen Gaben
Aug' und Herz erfreut;
Ich sag's allen Leut',
Daß du wirst zerfließen,
Und den Frühling wir grüßen.

W. Hennecke.

△ **Bestandene Prüfung.** Herr Studienrat Dr. Karl Sommer vom hiesigen Realgymnasium bestand am Donnerstag in Dortmund nach Teilnahme an einem einhalbjährigen Ausbildungskursus vor dem unter Vorsitz des Geheimrats Winter vom Provinzialschulkollegium tagenden Prüfungsausschuß das Turnlehrer-Examen.

♡ **„Das Heil der Welt"** lockt abend für abend, dank der Werbung nicht zuletzt, welche die früheren Besucher für das Mysterienspiel machen, Hunderte von Zuschauern nach dem Gesellenhaussaale, der selten solche Begeisterung sah. Heute und morgen erfolgen die letzten Aufführungen. Wer bisher noch nicht Gelegenheit fand, die Festspiele zu besuchen, möge es nicht versäumen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen, da voraussichtlich jetzt zum Schluß ein besonders großer Andrang sein wird.

⊡ **Zum Arbeitszeitgesetz.** Die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets hat zu dem Entwurf eines Arbeitzeitgesetzes gewerblicher Arbeiter und eines Arbeittarifgesetzes Stellung genommen und folgende formulierte Abänderungsanträge unterbreitet: Zu dem Arbeitszeitgesetzentwurf haben die beiden Gruppen allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben, daß für die im Bergbau unterirdisch beschäftigten Arbeiter die Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt nur 7 Stunden betragen darf, sofern nicht durch Tarifvertrag oder im § 93c des Allgemeinen Berggesetzes eine kürzere Schichtzeit bestimmt ist. Für jugendliche Arbeiter im Bergbau unter 16 Jahren darf die Schichtzeit höchstens 6 Stunden betragen. Für die im Bergbau unterirdisch beschäftigten Angestellten darf die tägliche Arbeitszeit einschließlich der Büroarbeit über Tage höchstens ½ Stunde der Schichtzeit der unterirdisch beschäftigten Arbeiter überschreiten. Der Arbeitstarifgesetzentwurf wurde in der vorliegenden Fassung als eine geeignete Grundlage zum Aufbau eines Tarifgesetzes angesprochen und wahre die Interessen der Arbeitnehmer in hohem Maße.

§ **Zwei Obdachlose,** die sich in der Stadt nachts umhertrieben, wurden von der Polizei festgenommen und unter Dach und Fach gebracht.

△ **Früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will.** Dieser Tage wurde einem hiesigen Metzger ein wertvolles Schafsfell gestohlen. Als Täter wurde ein 10-jähriger Junge ermittelt, der den Diebstahl im verein mit einem Erwachsenen ausgeführt hat. Anzeige ist erstattet.

⊡ **Billiges Katerfrühstück** wollten sich Spitzbuben bei einem Wirt auf Schwerin verschaffen. Sie stahlen aus der Wirtsstube einen Topf mit Rollmöpsen. Sie sollten sich ihrer Beute aber nicht lange erfreuen, denn sie wurden ermittelt und zur Anzeige gebracht.

⊙ **Flüchtige Diebe.** Im Ledigenheim wurden dem Inhaber eine Anzahl Kleidungsstücke gestohlen. Die Täter wurden erkannt. Sie sind aber, unbekannt wohin, geflüchtet.

♀ **Das Metropoltheater** bringt im neuen Spielplan wieder beachtenswerte Schlager, die jedem Kinofreund besonders gefallen werden. Die Hauptrollen sind durch Albertini, Ellen Ulbri und andere Filmsterne besetzt. Viel Interesse findet auch die Mitwirkung des verblüffend sicher „spielenden" Schimpansen Jack, der in der „Eisernen Faust" auftritt.

⊙ **Die Margarine wird teuerer.** Wie wir hören, haben die Margarinefabriken mit Gültigkeit vom letzten Montag die Preise für die geringste Ware auf 30 Mk. das Pfund ab Fabrik festgesetzt. Qualitätsware wird entsprechend teuerer sein. Bedenkt man, daß zu diesen von den Fabriken verlangten Preisen noch die notwendigen handelsüblichen Aufschläge des Kleinhandels kommen, so wird ein Verkaufspreis erreicht, der dem Konsumenten, vornehmlich der Hausfrau, die die Margarine im Haushalt verwendet, wenig Freude machen dürfte.

Amt Rauxel.

♂ **Rauxel.** (Der Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich) Ortsgruppe Ickern und Umgegend, veranstaltete am Donnerstag abend 7½ Uhr im großen Saale der Wirtschaft Richter (Middelanis) einen Vortragsabend, der einen recht guten Besuch fand. Der Abend wurde eingeleitet durch einen sinnigen Prolog, den die kleine Gertrud Nicola, die Tochter des Vorsitzenden der Ortsgruppe recht frank und frei und mit klarer Betonung zum Vortrag brachte. Der aus Elsaß-Lothringern bestehende Gesangverein Frohsinn, der von Aumetz (Lothr.) nach Ickern verpflanzt wurde, trat dann zum ersten Male in seiner neuen Heimat vor die breite Oeffentlichkeit. Unter seinem stellvertretenden Dirigenten trug er wirkungsvoll das schöne Lied „Heimatsehnen" von E. Richter vor. Darauf hielt der Vorsitzende, Herr Nicola die Begrüßungsansprache, in der er allen Erschienenen vor allem den Vertretern der weltlichen und geistlichen Behörden, der Industrie und Presse für ihre Teilnahme dankt. Zu seiner besonderen Freude konnte er auch Abordnungen der Brudervereine aus Bochum, Dortmund und Herne begrüßen. Sein Willkommensgruß galt dann weiter dem liebenswürdigerweise mitwirkenden Gesangverein „Frohsinn". Seine Rede klang aus in die Mahnung, daß alle den deutschen Brüdern jenseits des Rheins und jenseits der blau-weiß-roten Grenzpfähle die Treue bewahren möchten. Das Wort erhielt dann der Redner des Abends, Herr Provinziallandtagsabgeordneter Pfarrer Frey-Lünen, der aus eigener Anschauung heraus, die er in seiner mehrjährigen Tätigkeit im Elsaß gewinnen konnte, einen fesselnden und überzeugenden Vortrag über „Elsaß-Lothringen, der deutschen Einheit Schicksalsland" hielt. Redner ging bis in die grauesten Tage der Vorzeit zurück um die Eigentümlichkeiten der Rassenkreuzung, wie wir sie im ehemaligen Reichsland finden, zu begründen, kam dann über die älteste geschichtliche Quelle, Cäsars Bellum gallicum, in die historische Zeit, zeigte die Verschiebungen zur Zeit der Völkerwanderung des frühen Mittelalters der Religionskämpfe, die Einwirkungen der Revolution, die Deutschwerdung im Jahre 1871 und ging dann zur Behandlung der kulturellen Eigentümlichkeiten, der Bodenwirtschaft, der Industrie, der reichen Bodenschätze über um schließlich die neuerliche politische Entwicklung zu streifen. Sein Schlußwort war ein warmer Appell, nimmer mehr sich bei dem Entscheid des Versailler Vertrages über die Reichslande zu beruhigen, sondern zu hoffen und darauf hinzuarbeiten, daß die Reichslande, die so stark deutschvölkisch durchsetzt sind, zum deutschen Reiche zurückkehren, wenn auch auf dem Umwege über die Autonomie. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine begeisterten Ausführungen, die lebhaften Beifall fanden. Dann erfreute Frl. Nicola die Versammlung noch durch das Gedicht „Von der Westmark nach der Wartburg" von Paul Warnke, das die Worte des Hauptredners noch kräftig unterstrich. Der Gesangverein trug vorher noch das Lied „Verweht" von K. Schlebold recht stimmungsvoll vor. Mit dem gemeinsam gesungenen Liede „O Straßburg, o Straßburg" ging die schöne Veranstaltung zu Ende.

Turnen, Spiel und Sport.

Pferderennen

Die ersten Dortmunder Rennen 1922.

Die am Sonntag, den 2. April und Mittwoch, den 5. April stattfindenden Rennen des Dortmunder Rennvereins haben, trotzdem durch den langen Winter das Training der Pferde noch sehr rückständig ist, einen guten Nennungsschluß erzielt, so daß mit einem interessanten Frühjahrssport gerechnet werden kann.

Die drei Ausgleiche des ersten Tages haben 50 Unterschriften gebracht, darunter Pferde von gutem Können, wie Mazeppa, Orilus, Georgius, Peter, Marschlied Merkantil, Leopardos, Rosenbusch u. a.

Im ganzen sind für die Dortmunder April-Rennen 212 Unterschriften eingegangen immer wieder ein Beweis, daß die Rennstallbesitzer gerne ihre Pferde hier starten lassen. Die Trainer beginnen seit einigen Tagen mit der Bestellung von Stallungen für ihre für die Dortmunder Rennen in Frage kommenden Pflegebefohlenen.

Trotzdem die Rennpreise gegenüber dem Vorjahr um das Doppelte erhöht sind, hat der Dortmunder Rennverein sich dazu verstanden, die Eintrittsgelder nur ganz geringfügig zu steigern, um jedermann den Besuch der ersten Rennen dieses Jahres zu ermöglichen.

Die Rennen beginnen um 3 Uhr.

Fußball.

Um die Westdeutsche.

Die Endspiele nehmen morgen ihren Fortgang. S. V. Duisburg und 08 Duisburg treffen sich in der Fußballhochburg. Wir halten diesesmal mit dem Altmeister. Der K. B. C. hat den Westfalenmeister zu Gast und damit wohl den spielstärksten Gegner. Klaus Oehler, Reimers, Roe und Genossen werden den Kölnern das Siegen nicht leicht machen. Bleibt Arminia Sieger, so dürfte sie der aussichtsreichste Bewerber auf die Westdeutsche Meisterschaft sein. Gerüchtweise verlautet, wie der Düsseldorfer „Mittag" schreibt, daß Gregor, ein Schotte, der linke Verteidiger Kölns, nicht spielberechtigt sei. Im Stadion 48 Bochum treffen sich der Essener Turnerbund und 48 Kassel. Die Kasseler zeigten am Vorsonntag gutes Können. In dem Tormann liegt die Stärke der Mannschaft. Zeigt sich der Turnerbund im Sturm schußfreudig, so ist der Sieg gesichert.

Deutschland—Schweiz.

Frankfurt hat morgen Hochbetrieb. Aus allen Teilen des Reiches werden sich die Anhänger des Fußballs zusammenfinden um Zeuge des Länderspiels zu sein. Der Fußballausschuß des deutschen Fußballbundes hat folgende Mannschaft aufgestellt: Lohrmann (Spielvereggg. Fürth); Müller, Wellhöfer, Hagen, Lang, Franz, Seiderer (Spielverga.-Fürth); Eby (V. f. B.-Leipzig) Reiter (Sportfreunde Stuttgart), Hutter (Saar-Saarbrücken), Altvater (Wacker-München). Die Spieler des 1. Fußballklubs Nürnberg sind für die von diesem geplante Spanienreise freigegeben worden, jedoch dürfte die deutsche Mannschaft in dieser Aufstellung der gegen Norddeutschland siegreich gewesenen süddeutschen Polo kaleif an Können kaum nachstehen und für die Schweiz einen schwer zu überwindenden Gegner abgeben.

Viktoria Dortmund—C. S. V. 02.

Der S. V. 02 muß nach Dortmund um dort gegen Viktoria ein noch ausstehendes Gesellschaftsspiel auszutragen. Die Aussichten dürften für beide Vereine die gleichen sein. Ebenfalls spielt C. S. V. 3 gegen Viktoria 3 vor dem Treffen der 1. Mannschaften.

B. V. 11—Viktoria Eickel.

Auf dem Rennplatz treffen sich B. V. 11 und Viktoria Eickel 1. Das Treffen wurde vor einiger Zeit wegen der Glätte des Bodens abgebrochen. Die Gäste verfügen über eine spielstarke Elf. Es ist somit ein spannender Kampf zu erwarten. Der Platzverein tritt in gewohnter Aufstellung an. Zeigt der B. V. 11 den Eifer wie in den letzten Spielen, so bleiben Sieg und Punkte in Castrop. Anstoß 4 Uhr.

Die 2. und 3. Mannsch von B. V. 11 spielen gegen gleichen Mannschaften von Viktoria" Eickel. Anstoß für die 2. Mannschaft 2,15 Uhr. 3. Mannschaft 12,30 Uhr.

Spielvereinigung Eickel—Alemannia Rauxel.

Alemannia muß nach Eickel und trifft hier auf einen hartnäckigen Gegner. Der Spielausgang ist noch ungewiß.

Deutsche Jugendkraft.

Die Gruppe Castrop nahm bereits am vergangenen Sonntag ihren Spielbetrieb auf und verfügt über gute Kräfte. Der morgige Sonntag ist spielfrei, dagegen findet vormittags 11 Uhr im Gesellenhause eine Versammlung statt.

Jugend-Spiele.

C. S. V. 1. Jgd.—Horsthausen 1. Jgd.

In bekannter Aufstellung tritt der C. S. V. um 3 Uhr gegen Horsthausen an. Das Treffen wird einen interessanten Verlauf nehmen. Vorher Spiel der 2. Jugend.

B. V. 11 3—Germania Herne 3. 10 Uhr.
B. V. 11 2—Germania Herne 2. 11 Uhr.
Horsthausen 3—C. S. V. 3. 11 Uhr. A. L.



Zur Einsegnung

treffen **täglich Neuheiten** in blauen

Kommunion- u. Konfirmations-Anzügen

ein u. bringen wir **eine Auswahl**, wie solche von **keiner Seite hier** annähernd erreicht werden kann, in besten Qualitäten.

Ersatz für Maß, in jeder Preislage, 1-, und 2-reihig, von **350** bis **875** Mk.

Beachten Sie unsere Schaufenster. 388

Gebr. Rollmann
Castrop
Wittenerstraße 6 Ecke Mühlenstraße

Die Perlen der Eggenbrechts

Roman von Alexander von Volfe.

88 (Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Wolf kam an diesem Abend nicht mehr dazu, mit Silvia zu sprechen, er legte es auch nicht darauf an. Er machte zwei kleinen Backfischen den Hof, zwei Kusinen aus Stuttgart, die sich dabei himmlisch amüsierten, und wodurch er bei der Mama der beiden niedlichen Schwestern schon die Erwägung wachrief, ob Tilde oder Olli besser zur Herrin von Altenwied sich eignen würde.

Die Gesellschaft ging heute nicht allzuspät auseinander, denn die meisten Damen waren reisemüde, und man mußte seine Kräfte für die kommenden Festlichkeiten aufsparen.

Jetzt, ehe die Damen sich zurückzogen, kam Wolf noch einmal mit Silvia in Berührung. Es war unter den Damen das Gespräch auf den sagenhaften Ritter Ruprecht gekommen, der in dem alten Bau zweifellos spuken sollte, man scherzte und lachte darüber. Exzellenz von Eggenbrecht versicherte, sie habe selbst nie etwas von dem alten Herrn gesehen und niemand, seit sie Herrin von Holten sei. Der alte Herr von Holten meinte schmunzelnd, die Damen brauchten sich jedenfalls vor dem Ritter nicht zu fürchten, er wäre ja ein Eggenbrecht und Ritter dieses Namens hätten weder vor noch nach dem Tode jemals einem Mitglied des zarten Geschlechts etwas zuleide getan.

„Ich fürchte mich nicht!" rief Alice. „Erstens schlafe ich sehr fest, mich weckt kein kalter Luftzug, noch Kettengerassel, außerdem weiß ich mich gut behütet, denn ich habe ja einen Ritter sonder Furcht und Tadel zum Nachbar. Würdest du es mit dem Ritter Ruprecht aufnehmen, Wolf?"

„Wenn er nicht zu grauslich ist," erwiderte Wolf und schüttelte sich, „Uebrigens glaube ich, daß du auch ganz allein mit ihm fertig werden würdest, Alice."

Alles lachte und auch sie lachte, wenn auch etwas gezwungen, und meinte dann:

„Ich glaube, zu mir käme er gar nicht, wenn er gerade in diesen Nächten umgehen sollte, eher besucht er dann Silvia."

„Warum gerade mich?" fragte diese und machte doch ein ängstliches Gesicht dazu.

„Weil du zum erstenmal in diesem Hause schläfst und weil er vielleicht als alter Familiengeist wird ergründen wollen, ob du auch würdig bist, der hochwerten Sippe derer von Eggenbrecht anzugehören. Aber du brauchst keine Angst zu haben, denn auch neben dir wohnt der Ritter ohne Furcht und Tadel. Nicht wahr," wendete sie sich dann zu der alten Exzellenz, der es gar nicht recht war, daß man von dem Spuk sprach. „Silvia wohnt in dem Zimmer mit dem Alkoven, neben dem Wolfs?"

„Ueberhaupt ist das alles müßiges Geschwätz. Sie brauchen sich wirklich nicht zu fürchten, nichts wird Ihren Schlaf stören, liebes Kind, versicherte die alte Dame, und Silvia erklärte lachend:

„Ich fürchte mich auch gar nicht, ich weiß mich schon zu schützen, sogar vor Gespenstern."

Nachdem die Damen sich zurückgezogen, blieben die Herren noch ein Weilchen beim Bier zusammen, dann gingen auch sie zur Ruhe. Wolf und der alte Kammerherr von Eggenbrecht gingen gemeinsam über die Gänge und Treppchen, die den neuen Bau mit dem alten verbanden, und als der Kammerherr an seinem Zimmer angelangt war, hielt er Wolf noch einen Augenblick und fragte:

„Na, wie ist es denn eigentlich, Wolf, die Wette verliert du doch — was?"

„Wird wohl so sein," erwiderte der gleichmütig.

„Na, du kannst dirs ja leisten," meinte der Kammerherr, „und ich glaube es ist gut, daß dus gar nicht erst versucht hast, es wäre ja ein toller Strich gewesen."

„Ist schon wahr," erwiderte Wolf schon im Weitergehen.

Wolf hatte ein sehr bequemes Bett, er war müde, dennoch konnte er nicht schlafen. Immerzu mußte er daran denken, daß in dem Zimmer nebenan, nur durch eine Wand von ihm getrennt, Silvia schlief.

Und dort hinter dieser Wand waren auch die Perlen.

Er hatte schon gar nicht mehr an die Wette gedacht, das heißt, nicht mehr daran gedacht, sie zu gewinnen. Er hatte gefühlt, daß er nicht mehr der übermütige Wolf Eggenbrecht war, der das Dollste zu wagen liebte, nur um zu wagen. Er war seßhaft geworden, Herr auf Altenwied, das Haupt der Familie von Eggenbrecht-Reiken und Altenwied, da machte man keine dummen Streiche mehr, und wenn man sie machte, dann — wurden sie einem nicht mehr vergeben, wie das einst geschah.

Aber heute rumorte doch der Wunsch in ihm, doch zu vollbringen, was unmöglich schien.

Er lag mit offenen Augen und zählte die Sterne am Himmel, denn ehe er zu Bette ging, hatte er das Fenster geöffnet und den Vorhang zuzuziehen vergessen. Er sah, wie der Himmel allmählich heller wurde und die Sterne verblaßten, weil hinter dem bewaldeten Hügel der Mond aufging und bald konnte er auch im Zimmer alle Gegenstände unterscheiden. Er hörte in der Stille der Nacht von draußen allerlei Stimmen jagenden Nachtgetiers, und im Hause selbst erhoben sich geheimnisvolle Geräusche.

In den alten Deckenbalken knackte es, seltsam ächzende Töne wurden in den Wänden laut, die durch Jahre starr gestanden und nun durch das Feuer in dem Ofen sich dehnten. Plötzlich knarrte der Schrank, der vor der Tür ins Nebenzimmer stand, ganz laut, und langsam öffnete sich seine Tür.

Einen Atemzug lang erschrak Wolf doch, denn unheimlich war es, dann mußte er lachen: An dem alten Schrank wird Ritter Ruprecht wohl kaum sein Quartier haben! dachte er und erhob sich, um die Schranktür wieder zu schließen.

Wolf trug statt des Nachthemdes stets einen sogenannten Pyjama, einen Nachtanzug aus roher Seide, mit verschnürter Jacke, in der auch Taschen waren, wie man ihn in den Tropen trägt, wo man in den heißen Nächten auch die leichteste Decke über sich vertragen kann. An den Tropen hatte er sich das angewöhnt. Er schlüpfte in die Pantoffeln von weichem, gelbem Leder und ging an dem Schrank hinüber und schloß ihn, nachdem er mißtrauisch hineingesehen, ob sich nicht etwas darin verborgen hielt. Dabei fiel ihm auf, daß der Schrank nicht dicht an der Wand stand. Na, er verdeckte doch eine Türe, und die altertümlichen, geschnitzten Türplatten hatten es nicht zugelassen, daß der Schrank dicht anschloß. Da dachte Wolf wieder an seine Jungenjahre, wo er hier, in den damals leeren Räumen, in denen nur Spinnen und Fledermäuse hausten, als Indianer herumgeschlichen war und an die Geheimnisse, die er und seine Kameraden dabei in dem aus grauem Mittelalter stammenden Bau entdeckt hatten.

Ob die Tür zu Silvias Zimmer wohl auch eines der seltsamen Schlösser besaß, die der Eingeweihte zu öffnen vermochte, auch wenn die Tür von der anderen Seite verschlossen war? — — Wolf reizte es, dies zu untersuchen, er zwängte seine Hand durch die Lücke zwischen Schrank und Türplatten, fand auch bald die Klinke, eine der ganz alten, verschnörkelten, und lachte ganz leise auf.

Diese Schlösser waren folgendermaßen erdacht: Wurde die Tür abgeschlossen, das heißt, der Schlüssel ein- oder zweimal herumgedreht, so schien es, als wäre nur wieder mit dem Schlüssel zu öffnen. Wenn man jedoch der Klinke einen scharfen Ruck nach aufwärts gab, sprang der Verschluß — allerdings mit ziemlichem Geräusch — zurück und man konnte die Tür öffnen. Die Knaben hatten es damals durch einen Zufall entdeckt und das Geheimnis wohl bewahrt, da es ihnen ermöglichte, auch in die verschlossenen Räume, in denen allerhand für Knabensinne interessiertes Gerümpel verwahrt wurde, einzudringen.

Für jetzt verzichtete Wolf darauf, zu versuchen, ob die alte Klinke noch richtig funktionierte, er war dessen fast sicher, wenn nichts daran geändert worden war, aber er fürchtete, durch das Geräusch des zurückspringenden Riegels Silvia zu wecken.

Heiß rann das Blut durch Wolfs Adern. Er mochte nicht gleich wieder zu Bett, um da schlaflos zu liegen, er trat an das offene Fenster und blickte in die schweigende, mondweiße Nacht hinaus. Wie Silber lag das Mondlicht über den Wiesen hinter dem Park und da, wo im Hintergrund der Teich war, waren weißliche Nebelschleier durch die Bäume wie wehende Gewänder ruheloser Geister.

Wolfs Gedanken arbeiteten erregt: Ob Silvia zur Nacht die Perlen wohl abgelegt hatte? Es war eine lange Schnur, die Perlen verhältnismäßig groß, sie mußten ihr im Schlaf unbequem werden. Und wenn sie sie abgelegt, wohin hatte sie die kostbare Schnur getan? Hier stand ihr ja ein diebes- und feuerfester Schrank nicht zur Verfügung. Gewiß hatte sie die Perlen in ihren Koffer gelegt und diesen verschlossen. Es galt also, wenn es gelang, in das Zimmer einzudringen, den Koffer geräuschlos zu öffnen und ihm die Perlen zu entnehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Stimmungsbild

aus der Sitzung der Stadtverordneten.

Nahezu alle Stadtverordnetenplätze sind — ein seltener und der Aufzeichnung werter Fall — zu Beginn der Sitzung besetzt. Die wenigen Fehlenden treffen mit dem in Castrop so modernen „akademischen Viertel" ein. Nur das weibliche Mitglied der Polen bleibt aus. Rund dreißig Punkte füllen die umfangreiche Tagesordnung, darunter sind mehrere Vorlagen, bei denen es in die heute so zeitgemäßen siebenzelligen Zahlen geht. Ueber die ersten beiden Punkte gleitet man sachte hinweg. Beim dritten stockt schon die Maschinerie. Statt des einen erforderlichen Metzgers werden gleich vier genannt und wer weiß, ob nicht jedes Mitglied des Kollegiums seinen Wurstlieferanten namhaft gemacht hätte, wenn der Vorsitzende nicht mit dem Fuße aufgestampft und daran erinnert hätte, daß man nur einen gebrauchen könnte. Stadtv. Altenhein wollte dagegen zwei lanzieren, fand aber keine Gegenliebe, weil man die Schlachthofkommission nicht zur Interessenvertretung der Metzger machen wollte. Auch der folgende Punkt nahm reichlich viel Zeit in Anspruch. An die Adresse seiner Fraktionsgenossen, die besonders mit der Namhaftmachung ihrer Kandidaten zögerten, richtete daher der Vorsteher zweimal die liebevolle väterliche Mahnung: „Kinder seid doch nicht so schwerfällig!" Und siehe da, es ging darauf eine ganze Weile wie geschmiert! Selbst das große Bauprogramm wurde ohne Achsel- und Wimperzucken erledigt, ohne starrem Staunen über die Millionenwerte des Castroper Barvermögens Ausdruck zu verleihen, glitt man in die Etappen der unliebsamen Nachbewilligungen zu den Etats. Der „Bund der Festbesoldeten" platzte hier mit den Gewerbetreibenden und Hausbesitzern aufeinander und als Stadtv. Heinrich Lambertz ziemlich erregt wurde, grub Stadtv. Klein das alte Kriegsbeil, will sagen die Instrumente des St. Barbara-Knappenvereins wieder aus. Fünfte Jubiläumsauflage! Nach Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung gabs von der Linken dann mit „Trommeln und Pfeifen" noch mal eine Attacke gegen das Zentrum. Die Instrumente sollen wieder da sein, der Knappenverein soll sie zurückerhalten und muß dann das Geld, das ihm neulich bewilligt wurde, wieder herausrücken. Sein Vertreter Peter Koch erklärte sich mit dieser Lösung der Dinge sehr einverstanden — vorausgesetzt, daß die Sachen sich noch in gebrauchsfähigem Zustande befinden. Vorher gab es noch ein paar heitere Szenen. Die Quäkerspeisungen hören am 1. 4. 22 auf. Stadtv. Thomas findet das bedauerlich, Stadtv. Pegels weniger, denn es seien auch Mißgriffe vorgekommen. So seien Kinder einfach überfüttert worden. Drei Teller Kakaosuppe hätten sie oft essen müssen. Die Wirkung ist dann verschiedentlich ähnlich dem Vorkommnis gewesen, von dem Emanuel Bimstein in Gottfried dem Studenten als Finale bringt:

Sieht man hin genau indessen
Sind es Speisen — schon gegessen."

Auch Stadtv. Idkowiak, der Sprecher der Polen, sorgte für humoristische Abwechslung. Er konnte sich mit der Beschaffung des Schulkinos nicht befreunden. Er befürchtet, daß es bei den Kindern nach dem Goethewort gehen möchte: „Die ich rief die Geister, werd' ich nun nicht los!" Er meint, daß das Schulkino nur Gelüste nach stetem Kinobesuch erwecken würde. Er möchte das Kino mit Stumpf und Stiel vernichten. Aber Dr. Pegels macht ihn darauf aufmerksam, daß das ein Rennen gegen die Wand sei. Die Pädagogen unter den Stadtverordneten schlossen ein kleines Kolleg über die erzieherische Aufgabe des Schul-Kinos an, aber sie erzielten bei den Polen keinen Erfolg. Geschlossen stimmten sie im Gegensatz zu den anderen Fraktionen gegen die Vorlage. Stadtv. Idkowiak entpuppte sich weiter als Hundefeind. Ihm gingen die neuen Steuersätze für den vierbeinigen Hausgenossen nicht hoch genug. Er beantragte ganz rabiate Summen, bis zu 500 Mk. ging er und ließ etwas einfließen von von Hunden aufgefressenen Hühnern, was seine Hundefeindschaft erklärlich machte. Außerhalb der Tagesordnung wurden dann noch die Sätze für die Ortsarmenunterstützungen um 50 % erhöht, eine Entschließung zur Notlage der Kriegerhinterbliebenen angenommen und zur Beschlußfassung über die Besetzung der Direktorstelle an der Höheren Mädchenschule eine neue Stadtverordnetensitzung auf kommenden Mittwoch einberufen. Dann hieß es: „Presse, bitte schön!" und mit bezeichnender Handbewegung wurde die „Oeffentlichkeit" eingeladen, den heimischen Penaten zuzusteuern. Vier Stunden waren vergangen.

•

♂ Castrop, den 24. März 1922.

Das Stadtverordnetenkollegium ist, als der Stadtv.-Vorsteher Dr. Pegels um 4½ Uhr die Sitzung eröffnete, nahezu vollzählig erschienen. Vom Magistrat waren die Herren Bürgermeister Wynen, Beigeordneter Schmitz und die Ratsherren Dr. Ortmann, Schnetteler und Mackowiak anwesend. Später kamen noch die Stdtv. Steffens, Graf und Berg, sowie die Ratsherren Becker und Baeutsch, sodaß im Kollegium nur noch ein Mitglied der Polen und im Magistrat nur noch ein Vertreter fehlen. Ein so gut besetztes Haus war lange nicht mehr zusammen. Das Kollegium fand ein vollgerütteltes Maß voll Arbeit vor. Nahezu 30 Punkte standen auf den Tagesordnungen der öffentlichen und geheimen Sitzungen. Die Mahnung des Vorsitzenden: „Kinder seid doch nicht so langweilig und schwerfällig!" war im Hinblick auf solchen reichen Arbeitsstoff wohl berechtigt.

1. Außerordentliche Revision der Stadt- u. Sparkasse.

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, daß eine außerordentliche Revision der Stadt- und Sparkasse unvermutet stattgefunden hat, bei der alles in Ordnung befunden wurde.

2. Holzverkauf im Stadtwalde.

Der Taxwert des verkauften Holzes beträgt 26 251,50 Mk., der Erlös 26 615,— Mk.

3. Ersatzwahlen.

Für das aus der Schlachthofkommission ausgeschiedene Mitglied, Metzgermeister Schulte, wurde der Obermeister der Metzgerinnung Volz gewählt. Das aus der Verkehrskommission und dem Verwaltungsausschuß ausgeschiedene Mitglied Otto Lambertz wurde ersetzt durch Bauunternehmer Klein bezw. Rentner Cohen.

4. Wahl des Auslesausschusses für die Freistellenvergebung am Realgymnasium.

Nach einem Uebereinkommen zwischen den Fraktionen wurden gewählt als Schulleiter: Rektor Wiggermann, als Lehrer Stadtv. Tillmann, als Mitglied der Schuldeputation Frau Hoffmann, als Mitglied des Kuratoriums Stadtv. Rinke.

5. Erhöhung der Baugebühren.

Der Magistrat hat eine Erhöhung der Sätze in der Weise beschlossen, daß zu den nach der Ordnung vom 5. April 1921 zu erhebenden Gebühren ein Zuschlag von 200% tritt.

Das Kollegium stimmte dem Antrage ohne Erörterung zu.

Das Wohnungsprogramm für 1922.

Berichterstatter Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels:

Nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Februar 1922 soll eine gemeindliche Wohnungsbauabgabe von 15% des Gebäudesteuernutzungswertes erhoben werden, die 20 Jahre lang ein jährliches Aufkommen von 153 000 Mk. ergeben haben würde oder einen kapitalisierten, sofort verwendbaren Betrag abzüglich 5%iger Zinsen und Zinseszinsen von rund 2 000 000 Mk.

Durch die vom Reichstag beschlossene Novelle zum Wohnungsabgabegesetz vom 26. 6. 1921 sind die Gemeinden verpflichtet, mindestens 25% des Gebäudesteuernutzungswertes zu erheben. Dieser Satz würde der Stadt eine jährliche Einnahme von 255 000 Mk. oder bei 20 Jahren einen sofort verwendbaren Anleihebetrag von 3 200 000 Mk. erbringen.

Die Entscheidung darüber, ob höhere Abgaben beschlossen werden können oder sollen, wird zurückgestellt werden müssen, bis der preußische Staat die nötigen zusätzlichen gesetzlichen Bestimmungen beschlossen und erlassen hat. Mit dem Betrag von 3 200 000 Mk. kann aber mit Sicherheit gerechnet werden.

Die Baukommission ging bei den Beratungen über die zweckmäßigste Verwendung dieses Betrages von der Grundlage aus, aus dieser Summe nicht die gesamten Baukosten zu bestreiten, die Summe vielmehr als Baukostenzuschüsse zu verwenden und gleichzeitig auch andere Interessenten zur Hergabe von Baukostenanteilen zu veranlassen. Hierfür kommen in Betracht, Staatsdarlehen, Tragung eines Anteiles durch die Baulustigen und Arbeitgeberzuschüsse. Ferner war die Baukommission der Ansicht, einer möglichst großen Zahl von Baulustigen durch die Gewährung von Zuschüssen die Errichtung einer Wohnung auf eigenem Grund und Boden als sofortiges eigenes Eigentum zu ermöglichen. (Einzelsiedlungen), um dadurch einerseits den freien Baumarkt zu beleben und andererseits die Verwaltung und Unterhaltung der hergestellten Wohnungen durch den Eigentümer zu erreichen, was der gemeindlichen und der genossenschaftlichen Verwaltung und Unterhaltung vorzuziehen ist.

Die Höhe der Staatsdarlehen ist pro Wohnung auf 36 900 Mk. anzunehmen. Von dem Herrn Verbands-Präsidenten in Essen sind Staatsdarlehen für 10 Wohnungen in Aussicht gestellt worden.

Von der Westfälischen Heimstätte in Münster sind für weitere 20 Wohnungen Staatsdarlehen in Aussicht gestellt worden, wenn diese Wohnungen als eine geschlossene Wohnsiedlung, wenn möglich unter Heranziehung von Arbeitgeberzuschüssen mit Unterstützung der Westfälischen Heimstätte, hergestellt werden. Die Dortmunder Straßenbahn, das Wasserwerk hierselbst und sehr wahrscheinlich auch noch andere Firmen sind bereit, Arbeitgeberzuschüsse in Höhe der Hälfte des ungedeckten Baukostenanteiles zu gewähren, wenn Wohnungen gebaut werden, die ihren Arbeitnehmern zugute kommen.

Auf Grund vorstehender Verhältnisse und eben angegebener Grundlagen der Baukommission ist in den Beratungen der Baukommission, des Magistrats und der Finanzkommission beschlossen, 10 Wohnungen als Einzelsiedlungen (Eigentum der Baulustigen) und 20 Wohnungen in geschlossener Siedlung mit Arbeitgeberzuschüssen zu errichten.

Aus den Mitteln der Wohnungsbauabgabe sollen an baulustige Einwohner der Stadt Castrop, welche neue Wohnungen nach den bestehenden Bestimmungen des Herrn Wohlfahrtsministers vom 2. 1. 1922 herstellen wollen, Zuschüsse gegeben werden.

Die Höhe der Zuschüsse, in denen die Staatsdarlehen und evtl. Arbeitgeberzuschüsse enthalten sind, soll betragen:

a) 75% der Herstellungskosten (Grunderwerbskosten, Baukosten und Anliegerbeiträge) bis zur Höhe der gegenwärtigen Baupreise, die durch einen sogenannten Normalkostenanschlag von der Baukommission festgestellt werden soll.

b) 80—90% der künftigen weiteren Ueberteuerung an Herstellungskosten, die nach Beendigung der Bauten nachzuweisen und von der Baukommission zu prüfen und festzustellen sind. Der genaue Prozentsatz bleibt späterer Beschlußfassung vorbehalten.

Die Gewährung des städtischen Zuschusses wird in jedem Falle von der Genehmigung des Magistrats abhängig gemacht.

Soweit angängig, soll angestrebt werden, daß die Baulustigen die Herstellung der Wohnungen selbst übernehmen (Eigenheime). Nach Fertigstellung des Kellergeschosses und des Rohbaues kann je eine angemessene Abschlagszahlung auf die Zuschüsse erfolgen. Der Rest wird nach Feststellung der Abrechnung gezahlt.

Insoweit Reflektanten in Betracht kommen, welche infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage sind, die über die Zuschüsse hinausgehenden Herstellungskosten aufzubringen, wird die Herstellung der Wohnungen für solche durch die Gemeinnützige Baugenossenschaft in Vorschlag gebracht, wobei jedoch nicht Mietwohnungen, sondern Eigenheime gebaut werden sollen.

Das Verfahren zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms ist im übrigen vom Magistrat zu regeln.

(Wir werden in einer späteren Ausgabe unserer Zeitung an einem praktischen Beispiel die Wirkung dieses Vorschlages noch genauer erörtern.)

Die Zuschußkosten der Stadt betragen nach dem Voranschlage:

A für 10 Wohnungen in Einzelsiedlungen 1 137 000 M.
B für 20 Wohnungen in geschl. Siedlung 1 137 000 M.
zusammen: 2 274 000 M.

Der Magistrat beantragt:

a) Die Genehmigung zur sofortigen Aufnahme einer Anleihe in Höhe bis zu 5 000 000 Mk., die aus den Eingängen der Wohnungsbauabgabe verzinst und getilgt werden soll.

b) Die Bewilligung der zur Durchführung obenstehenden Bauprogramms erforderlichen Zuschußkosten aus den durch die Wohnungsbauabgabe eingehenden Mitteln bezw. aus vorstehender Anleihe.

c) Die Errichtung von 4 Wohnungen für städtische Beamte, Angestellte und Lehrpersonen der städtischen Schulen unter Inanspruchnahme der Zuschüsse und der Staatsdarlehen, als städtisches Eigentum.

b) Die Genehmigung zum sofortigen Ankauf von Baustoffen bis zum Betrage von 1 000 000 Mk. durch die Baukommission.

An Wohnungsuchenden waren am 20. März 1922 in der Stadt Castrop vorhanden: vordringlich 6, dringlich 282, nicht dringlich 230, zusammen 518 Personen. (Wir werden in einer späteren Ausgabe unserer Zeitung noch eine genaue Statistik bringen.)

Stadtbaurat Schmitz: Die Arbeitgeber wünschen die Gründung einer G. m. b. H. für den Bau von Arbeitnehmerwohnungen, die Eigentumsübernahme, die Verwaltung und Instandhaltung. Zur Beteiligung haben sich bereit erklärt die Dortmunder Straßenbahnen, das Wasserwerk, evtl. die Firma Schapmann. Ueber die Beteiligung der Stadt wird der Magistrat noch beschließen.

Nach kurzen Bemerkungen der Stadtv. Vogel, O. Lambertz und deren Beantwortung durch den Dezernenten des Bauamtes wurde die Vorlage genehmigt.

7. Abrechnung über die Kriegswohlfahrtsanleihe.

Die Abrechnung über die Kriegswohlfahrtsanleihe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 900 515,46 M. ab.

Die Stadtverordneten genehmigten die Abrechnung ohne Erörterung.

Das Kapitalvermögen der Stadt Castrop

Den Stadtverordneten wurde folgende Nachweisung vorgelegt, aus der die am 1. Januar 1922 vorhandenen Kapitalien zu ersehen sind.

A. Bei der Sparkasse Castrop.

Stiftung für Krieg und Frieden zu Castrop 10 000 Mk., Kanalanschlußgebühren 7677,64 Mk., Straßenbaukosten 12 422,31 Mk., Ansammlungsfonds auch Betriebsfonds 345 183,10 Mk., Restbaukapital für den Erweiterungsbau der Augustaschule 16 166,66 Mk., Schlachthofbetriebsfonds 163 957,65 Mk., Ueberschuß der Mehlverteilungsstelle 5645,77 Mk., Erlös aus dem Verkauf von Waldparzellen an die Dynamit A.-G. 55 181,85 Mk., Reservefonds 302 681,27 Mk., von der westf. Kriegshilfskasse eingezahlte Risikoprämien i. S. Gewährung von Darlehen an Handwerker usw. 872,48 Mk., Sparkassenüberschüsse aus 1918. (Bewilligt zum Bau eines Geräte- und Bedürfnishauses für den Sportplatz an der Bladenhorsterstraße) 10 614,32 Mk., Ueberschuß aus der Notgeldausgabe 1917. Bewilligt für die Errichtung eines Erinnerungsmals für die gefallenen Söhne der Stadt Castrop.) 23 452,92 Mk., Fonds der Lebensmittelwirtschaft 535 000 Mk., Kriegswohlfahrtsanleihe 746 238,40 Mk.

B. Bei verschiedenen Stellen.

Eintragung in das Deutsche Reichsschuldbuch. Reichskriegsanleihe 100 000 Mk., 40 Gewinnanteile zu 300 Mk. von der Gemeinnützigen Baugenossenschaft m. b. H. Castrop 12 000 Mk., Reichspostverwaltung. Beitrag zum Ausbau des Fernsprechnetzes 11 200 Mk., Westfälische Heimstätte G. m. b. H. 5000 Mk., Siedlungsgesellschaft m. b. H. „Rote Erde" 10 000 Mk., Augusta Viktoria-Stift, Bad Lippspringe für die Aufstellung von 3 Betten für Castroper Kranke 15 000 Mk.

Gesamtsumme: 2 388 294,41 Mk.

Von diesem Betrage sind für den außerordentlichen Haushaltsplan für 1921 300 000 Mk. bewilligt. Der Nachtrag zu dem außerordentlichen Haushaltsplan fordert laut Vorlage 71 000 Mk.

Das Kollegium nahm von der vom Vorsteher vorgetragenen Aufstellung Kenntnis.

9. II. Nachtragshaushaltsplan über die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres 1920.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels: Stadtkasse, Armenkasse, Kasse der städtischen Bibliothek, des Realgymnasiums, der Höheren Mädchenschule, der Volksschulen und der gewerblichen Fortbildungsschule, sowie des Stadtausschusses für Jugendpflege und die Kasse der Volkshochschule haben 1920 einen Fehlbetrag von zusammen 1 063 830 Mk. bei den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben aufzuweisen, da die für das Jahr 1920 beschlossene Steuer vom Mindesteinkommen nicht erhoben werden konnte und die Lohn-, Gehalts- und Materialienpreissteigerungen erhebliche Mehrausgaben verursachten. Der Fehlbetrag soll auf Antrag des Magistrats auf das Rechnungsjahr 1921 übernommen werden. Ich beantrage Genehmigung der Magistratsvorlage, vorbehaltlich der Nachprüfung der aufgemachten Rechnung durch den Verwaltungsausschuß.

Das Kollegium beschließt dementsprechend.

10. Nachtragshaushaltsplan der Schlachthofkasse für 1921.

Für die Schlachthofkasse pro 1921 liegt ein Nachtrag in Höhe von ca. 70 000 Mk. vor. Die Mehrausgabe ist bedingt durch die anhaltende Steigerung der Kohlenpreise und Lohn- und Gehaltsaufbesserungen. Ein Teil wird durch Mehreinnahmen infolge Erhöhung der Schlachthofgebühren gedeckt. Der Rest soll auf das Jahr 1922 übernommen werden.

Vorbehaltlich der Nachprüfung der Aufstellung durch den Verwaltungsausschuß wurde dem Magistratsantrag einstimmig zugestimmt.

11. Mehrausgabe für Straßenbauten und Kanalisation im Jahre 1921.

Der Haushaltsplan über die im Jahre 1921 auszuführten außerordentlichen Straßen- und Kanalisationsarbeiten erfordert eine Mehrausgabe von 71 000 Mk. gegenüber dem Voranschlag. Diese Mehraufwendung ist bedingt durch die allgemeine Teuerung. Die Mittel für die Deckung dieser Mehrkosten sollen den vorhandenen Barbeständen entnommen werden.

Die Stadtverordneten sind einverstanden.

12. und 13. Nachtragshaushaltsplan für 1921 und Deckung der Mehrausgaben.

Einschließlich des Fehlbetrages aus dem Jahr 1920, der wie vorhin ausgeführt, auf den Haushaltsplan für 1921 übernommen wurde, weist der Haushaltsplan der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben für 1921 einen Fehlbetrag von 1 128 418,77 Mk. auf. Kommen vom Reich für den Wegfall der Mindesteinkommensteuer die vollen Beträge ein (Dortmund rechnet mit 50 %, Castrop mit 33⅓ %) so fällt dieses Defizit ganz fort oder doch zum großen Teile. Die Stadt hat aber vorsichtigerweise den noch zu erwartenden Steueranteil nicht zu hoch angesetzt. Zur Deckung des Fehlbetrages schlagen Magistrat und Finanzkommission vor:

a) aus dem Reservefonds den Betrag von 500 000 Mk. zur Verfügung zu stellen;

b) die Kommunalzuschläge zur Gewerbesteuer von 800 % auf 1000 % zu erhöhen und in Form einer Nachtragsumlage bis 1. Juli d. Js. zu erheben (Mehrbetrag ca. 700 000 Mk.).

c) evtl. alsdann noch verbleibende Reste auf das Rechnungsjahr 1922 zu übernehmen.

Steuernovelle von Aug. 1921 (§ 54) die Interessenten vorher befragt sind. Man sollte doch andere Mittel und Wege suchen, den Etat zu balanzieren und nicht immer alles auf die Gewerbetreibenden abwälzen. Er regt Vertagung an.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels widerspricht dem Vorschlage, weil die Vorlage bis zum 1. 4. 22 beschlossen sein müsse. Die Interessenten könnten vom Magistrat auch dann noch befragt werden.

Bürgermeister Wynen sagt ein Nachholen der Befragung zu.

Stadtv. Altenhain pflichtet den Ausführungen des Stadtv. H. Lambertz bei:

Stadtv. Rinke bittet die Vorlage nicht zu vertagen. Nur schweren Herzens habe man unter dem Drucke der Not in der Finanzkommission zugestimmt. Man sei durch das Gebaren des Staates auf die Realsteuern angewiesen. Würde die Vorlage nicht angenommen, so komme doch im nächsten Jahre für die Gewerbetreibenden das dicke Ende nach.

Stadtv. H. Lambertz verweist auf die Lustbarkeitssteuer, die Hundesteuer, aus denen man mehr herausholen müsse. Er wundere sich, daß trotz der Ebbe in der Kasse immer nur bewilligt und bewilligt werde. (Zwischenruf Klein: St. Barbara-Knappenverein!)

Stadtv. Otto Lambertz meint, daß den Trägern der Realsteuern den Gewerbetreibenden und Hausbesitzern auch mehr Rechte bei der stärkeren Belastung gegeben werden müßten. Insbesondere sollte man den Hausbesitzern höhere Mietszuschläge zugestehen.

Stadtv. Thomas führt aus, daß das Gewerbe bisher noch ganz gut gefahren sei. Die Steuern seien bis jetzt doch nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern bezahlt worden. Die Gewerbetreibenden würden ohnehin die Erhöhung auf die Verbraucher abwälzen.

Stadtv. D. Lambertz: Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind die Steuersorgen los. Die Gewerbetreibenden müssen jetzt die Steuern für 2 Jahre auf einmal zahlen. Zudem haben sie die Doppelbesteuerung in Form der Gewerbesteuer zu tragen.

Stadtv. Klein: Vor 2 Jahren, als den Arbeitern die Steuern abgehalten wurden, besaß das Geld eine ganz andere Kaufkraft als heute. Die Gewerbetreibenden haben daraus noch Nutzen ziehen können. Sie zahlen jetzt mit Geld, was erheblich weniger wert ist. Uebrigens hätten ja auch die Gewerbetreibenden Vorschüsse zahlen können, dann würden jetzt die Steuerbeträge nicht so hoch sein.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels: Aehnliches wurde auch in der Finanzkommission ausgeführt. Die Gewerbetreibenden haben aber für die Jahre 1920 und 1921 bereits Gewerbesteuer bezahlt. Es handelt sich hier um eine Nachtragserhebung. Das Wort St. Barbara-Knappenverein hätte ich nicht mehr erwartet. Ich glaubte, die Akten über den Fall seien endlich geschlossen. (Zuruf Klein: Nein, wir fangen erst an!) Wenn die Stadtverordneten damals die Kosten für die Trommeln und Pfeifen nicht übernommen hätten, wäre die Stadt verklagt worden, und sie hätte sich obendrein die Prozeßkosten noch ans Bein binden können.

Stadtv. Klein: Wir sind jetzt in der Lage, zu behaupten, daß die Instrumente noch vorhanden sind. Der St. Barbara-Knappen-Verein wird sie wieder bekommen, dann muß er das Geld wieder herausrücken, sonst wird er verklagt.

Stadtv.Vorst. Dr. Pegels bitte erst die Tagesordnung zu erledigen und mahnt als es zu einem Wortwechsel zwischen Stadtv. Klein und Zentrumsvertretern zu kommen droht zur Ruhe und Besonnenheit.

Bei der Abstimmung ergibt sich eine große Mehrheit für die Magistratsvorlage.

14. Fortführung der Verwaltung bis zur Genehmigung des Haushaltsplanes für 1922.

Die städtischen Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1922 können nicht rechtzeitig festgestellt werden, denn es läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen, mit welchen bestimmten Einnahmen und Ausgaben, die in den Haushaltsplan einzustellen sind, im nächsten Rechnungsjahre (1. April 1922—31. März 1923) zu rechnen ist. Magistrat beantragt deshalb, wie im Vorjahre, zu beschließen:

„Dem Magistrat wird bis zur Festsetzung des Haushaltsplanes für 1922 die Ermächtigung erteilt, alle laufenden Ausgaben zu leisten und Bezahlungen und Leistungen fortzusetzen, für die durch den Haushaltsplan des Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden sind."

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels macht den Zusatzantrag, daß der Etat bis zum 1. Juni vorgelegt werden soll.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, nachdem Bürgermeister Wynen erklärte, daß die Etatsaufstellung möglichst beschleunigt werden soll.

15. Drucklegung der Haushaltspläne.

Bisher wurden die Haushaltspläne schriftlich mit dem Abziehapparat angefertigt. Das würde in diesem Jahr 12 000 Mk kosten. Gedruckt kommen sie auf 20 000 Mk. Sie sind dann handlicher und übersichtlicher und gestatten ein angenehmeres Arbeiten mit ihnen. Außerdem werden die Kräfte auf der Verwaltung für andere Arbeiten frei.

Der Antrag des Magistrats wurde ohne Erörterung genehmigt. (Schluß folgt.)

Gottesdienstordnung.

Kath. Kirche Castrop. 6,30 Uhr 1. hl. Messe. 7,30 Uhr 2. hl. Messe mit Predigt, 8,15 Uhr hl. Messe für die Polen 9 Uhr Kindermesse mit Predigt, 10 Uhr Hochamt mit Predigt, 11,15 Uhr hl. Messe mit Predigt, 2,30 Uhr Andacht 5 Uhr Andacht.

Evgl. Kirche Castrop. Samstag nachmittag 5 Uhr Beichte. Sonntag 8 Uhr Frühgottesdienst Pastor Balster. 10 Uhr Hauptgottesdienst Pastor Bläsing, Abendmahlsfeier für die neu konfirmierten Kinder. 2 Uhr Prüfung der Konfirmanden Pastor Balster.

Evangelische Kirche Habinghorst. 10 Uhr Einsegnung der Konfirmanden unter Mitwirkung des Kirchenchors, anschließend Beichte und Abendmahlsfeier, Pastor Lüping.

Kirchl. Blaukreuzverein. Abends 7½ Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.

Kirchl. Gemeinschaftsbund, Amtstr. 17. Sonntag nachmittag 1 Uhr Sonntagsschule, 3 Uhr Evangelisationsvortrag des Predigers Bergmann, Bochum, 5 Uhr Chor-Uebungsstunde, Mittwoch 6 Uhr Bibelstunde 8 Uhr Jugendbundstunde.

Kirchl. Gemeinschaft im Ev. Gemeindehaus. Sonntag, abends 6 Uhr, Evangelisation von Evangelist Hoffmann aus Königshütte Ob.-Schlesien (z. Zt. heimatlos). Mittwoch, abends 7 Uhr, Singstunde des Gem.-Chors, 8 Uhr Bibelbesprechstunde.

Elternhaus und Schule

Beilage zur Castroper Zeitung.

Um was handelt es sich im neuen Reichsgesetz?

Von A. Rheinländer, M. d. R.

Als im Sommer 1920 die acht Tage währende Reichsschulkonferenz zu Ende war, erwarteten der Schule nahestehende Kreise die Verarbeitung der Konferenzergebnisse in einem einzigen großen Reichsschulgesetze. Abgesehen davon, daß das Reich nach dem Artikel 10 der Verfassung nur Grundsätze für die Regelung des Schulwesens aufstellen kann, die eigentliche Schulgesetzgebung jedoch den einzelnen Ländern überlassen bleibt, wäre auch aus technischen Gründen, noch mehr aber aus politischen Gründen die Inangriffnahme eines großen Reichsschulgesetzes — auch wenn es nur Richtlinien für die Schuleinheit im Reiche aufstellen wollte — höchst unklug gewesen. Wahrscheinlich würden diese technischen und politischen Schwierigkeiten das Reichsschulgesetz überhaupt verhindert haben. Das in der preußischen Verfassung durch Art. 112 verheißene allgemeine Gesetz zur Regelung des gesamten Schulwesens ist bekanntlich an diesen Klippen gescheitert und trotz wiederholter Versuche bis zur Aufhebung dieser Verfassung ein frommer Wunsch geblieben.

Durch diese Erfahrung gewitzigt, hat die Reichsregierung einen andern Weg zum Ziele gewählt. Sie will bestimmt abgegrenzte Schulfragen durch Einzelgesetze regeln, die dann in späteren Zeiten einmal zu einem großen Reichsschulgesetze zusammengefaßt werden können. Solche Einzelfragen sind Grundschule, religiöse Gestaltung der Schulen, Lehrerbildung, Berufsschule, Privatschulwesen, Arbeitsunterricht, Staatsbürgerkunde, organischer Aufbau des Gesamtschulwesens usw. Das Grundschulgesetz ist bereits im Frühjahr 1920 verabschiedet worden. Zum Lehrerbildungsgesetz liegt ein Referentenentwurf vor. Das Gesetz über die Gestaltung der Volksschulen nach ihrem Verhältnis zur Religion steht jetzt zur Beratung. Weil das deutsche Volk nach Konfessionen getrennt ist, hat es keine religiöse Einheitsschule, vielmehr gibt es seit der Reformation in Deutschland katholische, evangelische und jüdische Schulen. Die Schule als Tochter der Kirche wurde noch im Westfälischen Frieden als Angelegenheit der Religionsgemeinschaften gesetzlich anerkannt. Auch nachdem die Volksschule vom Staate in Schutz und Pflege genommen, zur Veranstaltung des Staates erklärt worden war, blieb sie nach Konfessionen getrennt. Erst im vor. Jahrhundert versuchte der Liberalismus, der den Staat und die Kirche beiseite schieben wollte, die Kirche aus der Schule zu verdrängen, und die Schule so einzurichten, daß katholische, evangelische, israelitische und freireligiöse, mit einem Wort alle Kinder ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses in ein und derselben Schule zusammen unterrichtet wurden. Diese Simultanschule wurde von den Katholiken entschieden abgelehnt, und besonders der große Bischof Freiherr von Ketteler wurde nicht müde, durch Hirtenbriefe und Kanzelreden, durch öffentliche Vorträge und Schriften die Gläubigen vor ihr zu warnen. Das Zentrum hat von Anfang an, ebenso wie seine Vorgängerin, die „Katholische Partei", den Kampf gegen die gesetzliche Einführung der Simultanschule geführt, in Baden, Hessen, Nassau und den polnischen Provinzen vergebens, im übrigen Preußen aber mit dem Erfolg, daß die konfessionelle Schule die Regel, die Simultanschule die geduldete Ausnahme blieb.

Gegen Ende des Jahrhunderts forderte die Sozialdemokratie im Erfurter Programm die „weltliche", d. h. die Schule ohne jeden Religionsunterricht. Sie wurde mit noch größerer Entschiedenheit abgewehrt als die Simultanschule, die als gemischt-religiöse Schule immerhin noch für die Konfessionen getrennten Religionsunterricht in besonderen Stunden erteilte. Wie die Revolution als Schrittmacherin der „weltlichen" Schule arbeitete, wie Adolf Hoffmann in Preußen die christliche Schule abschaffen wollte, wie sie in Braunschweig, Bremen, Hamburg, im Freistaat Sachsen tatsächlich durch die religionslose Schule ersetzt wurde, ist noch in frischer Erinnerung. Es war fast ein Glück zu nennen, daß es gelang. Das gläubige Volk sah mit verhaltenem Atem, was man mit seinen Kindern plante, raffte sich auf aus der tiefen Niedergeschlagenheit u. kämpfte in dem Wahlkampfe vor der Nationalversammlung in erster Linie für seine Kinder, für die Erhaltung der christlichen Schule. Leider brachte die Wahlschlacht keine Mehrheit für die konfessionelle — katholische und evangelische — Volksschule. Die Zentrumsfraktion zählte mit Bayern 90 Mandate, die Rechte, Deutschnationale und Volkspartei, von denen man erwarten durfte, daß sie für die evangelische Konfessionsschule, also mit dem Zentrum für die christliche Schule eintreten würden, versöhnten zusammen über 67 Stimmen. Das waren nur 157 von 433 Abgeordneten. Demokraten und Sozialdemokraten hatten eine Mehrheit von 75 u. 165 ist 240 Stimmen, zu denen als Gegner der christlichen Schule noch die Unabhängigen gerechnet werden mußten. Die Demokraten hielten jetzt auch die Zeit für gekommen, ihren alten Kampf um gesetzliche Alleinherrschaft der Simultanschule mit einem vollen Siege zu krönen.

Der Verfassungsentwurf enthielt einige wenige Sätze über das Schulwesen: die religiöse Seite war darin nicht berührt. Demokraten und Sozialisten beider Richtungen, die im Verfassungsausschuß 17 von 28 Stimmen führten, beschlossen dann auch wirklich die Einführung der Simultanschule als der Normalschule für das Reich. In Art. 146 der Verfassung wurde der Satz aufgenommen: „Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf." Die in der ersten Lesung beantragte Form hieß: „Auf einer für alle Volksschichten und Religionsbekenntnisse gemeinsamen Grundschule usw." Das Zentrum als Koalitionspartei verlangte Streichung der Wörter „und Religionsbekenntnisse", um die Einführung der Simultanschule zu verhindern. Die Streichung der Wörter wurde ihm auch zugesagt. Aber siehe da, in der Drucksache, die als zweite Lesung dienen sollte, fehlten auch die beiden Wörter „alle Volksschichten", so daß mit der Form: „Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule" doch die Simultanschule gegeben war. Das Zentrum konnte und wollte aber die konfessionelle Schule nicht preisgeben. Lange Verhandlungen mit den Demokraten führten zu dem Ergebnis: „Ob und wie weit bei der Gliederung der Volksschulen Kinder des gleichen Bekenntnisses vereinigt werden können, entscheidet die Landesgesetzgebung". Das war Kautschuk schlimmster Sorte, der nicht einmal in großen Städten die konfessionelle Schule gewährleistete, in kleinen Städten und auf dem Lande war sie vollständig beseitigt.

Die Folge dieser Unnachgiebigkeit demokratischerseits war das sogen. Schulkompromiß, das Zentrum und Mehrheitssozialdemokraten, nachdem die Demokraten aus der Regierung ausgeschieden waren, miteinander abgeschlossen haben. Auf dem Boden der „Freien für alle", den seinerzeit Windthorst als die einzig richtige Grundlage für eine befriedigende Lösung dieser schwierigen Streitfragen über Kirche und Schule bezeichnet hatte, einigten sich beide Parteien dahin, daß neben der Simultanschule auch die konfessionelle und die weltliche Schule ihr verfassungsmäßiges Recht erhalten und daß die Eltern, nicht zentrale Gesetzgebungsgewalten, den religiösen Charakter der Schule bestimmen sollten. Der Kompromißantrag wurde in der zweiten Lesung der Verfassung im Plenum angenommen, aber infolge Widerstandes der Rechten mit so geringerer Mehrheit, daß seine endgültige Annahme in der dritten Lesung höchst zweifelhaft war. Auf Wunsch der Sozialdemokraten wurde die demokratische Partei zu neuen Verhandlungen hinzugezogen; um eine Mehrheit zu sichern, stimmte das Zentrum dem Vorschlage zu.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war ein Kompromißantrag, der nach seiner Annahme in der 3. Lesung als Absatz 2 in dem Artikel 146 der Verfassung eingeführt wurde. Er lautet: „Innerhalb der Gemeinde sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Schulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Absatz 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes". Dazu wird in den Uebergangsbestimmungen in Artikel 174 gesagt: „Bis zum Erlaß des in Art. 146, Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage."

Dieses vorgesehene Reichsgesetz ist das neue Reichsschulgesetz, das im Entwurf vorliegt, am 23. und 24. Januar in erster Lesung beraten und dem 30 Ausschuß überwiesen worden ist. Es ist kein umfassendes Schulgesetz. Es will nur Grundsätze aufstellen, Grundsätze, nach denen die Landesgesetzgebung das Nähere über die Ausführung des Schulkompromisses bestimmen soll. Das ist der juristisch formale Zweck. Es handelt sich für uns aber sachlich vor allem darum, der konfessionellen Schule diejenige Stellung im Schulwesen und denjenigen klaren Inhalt sowie auch die Entwicklungsmöglichkeit zu verschaffen, deren sie unbedingt bedarf im Interesse unserer Kinder, unserer Eltern und Lehrer und im Interesse der Kirche und des Staates. Es handelt sich endlich um ein großes politisches Ziel. Der alte Kampf um die Frage, ob konfessionelle oder gemeinsame oder weltliche Schule soll endlich beendigt werden, aus den Parlamenten verschwinden. Das ist notwendig, damit mit vereinten Kräften positive Arbeit für die bessere Ausgestaltung des Schulwesens geleistet werden kann.

Schuldemokratie und Elternräte.

Die Revolution versprach den Eltern weitgehenden Einfluß auf die Schule, die ihre Kinder besuchten. Es kam die Zeit der Elternbeiräte. Diese erhielten nicht in allen Ländern des Reichs gleiche Befugnisse. In Preußen schuf die Verordnung des Ministers Haenisch vom 5. November 1919 für alle Schulen, die elementaren und höheren, gleiches Recht. Der Elternbeirat kann hier keinerlei Aufsicht über die Schule ausüben, sondern ihr nur beratend an die Seite treten. In Bayern, wo der Volksschullehrer Hoffmann Unterrichtsminister war, sprach eine Verordnung den Elternbeiräten an den höheren Schulen „gutachtliche Aeußerung" zu auch über Angelegenheiten des Unterrichts und der Erziehung; dagegen erhob der Minister gegen die Elternbeiräte an Volksschulen den Finger und brachte ihnen zum Bewußtsein (Verordnungen vom 28. August und 30. Oktober 1919), daß ihnen Aufsichtsbefugnisse über die inneren Schulverhältnisse, insbesondere über den Unterrichtsbetrieb, nicht übertragen seien, daß ihre Aufgabe in der Besorgung der Schulpflege bestehe.

Die Lehrer mit sozialistischer Gesinnung schienen bereit, gegenüber den Elternbeiräten, die sie wohl alle von ihrem Geiste beseelt erachteten, Harakiri zu vollziehen; hielten sie ja doch in Berlin Versammlungen ab mit dem Thema: „Eltern, bewacht die Lehrer eurer Kinder!" wozu die liberale „Bayer. Lehrerzeitung" (1920, Nr. 3) meinte, daß durch einen ausgiebigen Kneippschen Guß jenen fieberndn Gehirnen einige lichte Augenblicke verschafft werden möchten. Vor Monaten wandte sich der geschäftsführende Vorstand der „Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands" in Berlin an die Vorstände des Freien Angestelltenverbandes, des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Mehrheitssozialistischen Partei, der Unabhängigen Partei und der Kommunistischen Partei mit der Aufforderung, mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln dahin zu wirken, daß die Rechte der Elternbeiräte erweitert werden; insbesondere sollen sie ein Mitbestimmungsrecht bei der Wahl der Schulleiter erhalten. Anträge auf Suspendierung oder Entlassung von Lehrkräften sollen dürfen, die sich gegenrevolutionärer Agitation schuldig machen. Welch weitreichende Einflußsphäre auch die sozialistische Oeffentlichkeit den Elternbeiräten bieten möchte, bekunden die radikalen Organe mit anerkennenswerter Deutlichkeit (vgl. z. B. „Neue Erziehung" 1919, 17. Heft (20. August S. 589 ff.).

Doch da kommt die besonnene Taktik und Politik und gleicht in Berücksichtigung des Standes der geschichtlichen Entwicklung aus. Man sieht, daß es nicht nur sozialistisch, sondern auch „rückschrittlich gesinnte" Elternbeiräte gibt. Darum können auch sozialdemokratische Schulpolitiker über den praktischen Wert der Elternbeiräte geteilter Meinung sein, weil ja „dem vorwärtsstrebenden Willen fortschrittlicher Elternbeiräte in einigen Großstädten und Industriebezirken das bremsende Wirken vieler Eltern auf dem flachen Lande und in kirchlich-reaktionär orientierten Gegenden zum mindester gleichend" gegenüberstehe (Dr. Hohmann, Das Schulprogramm der Sozialdemokraten, 1921, S. 35). So ermuntert Hohmann die sonst entschieden demokratisch denkenden Lehrer, die heute schon nicht ausschließlich als Domäne der Lehrerschaft betrachtet werden. In den Fragen der Schulhygiene, wie etwa der Schulspeisung, der Ferienkolonie oder der Fürsorgeerziehung . . ., ist die Lehrerschaft an die Mitarbeit anderer Faktoren bereits gewöhnt" (a. a. O. S 36). Diese Einschränkung ihrer Befugnisse verdanken die Elternbeiräte mit den vielen „Rückschrittlichen" in ihren Reihen.

Indes auch für später dürfen die Elternbeiräte auf keine weitgehende Machtbefugnis hoffen, sie haben nur Freiheit für das Innenleben jeder Schule in Ausführung der Anordnungen der sozialistischen Gemeinschaft und der Parteiparole. Denn der Sozialismus nimmt auch das Recht für sich in Anspruch, in das Gewissen seiner Anhänger einzugreifen, und diese haben ihre Ueberzeugung selbst in Weltanschauungsfragen dem Diktat gefangen zu geben (Hohmann, S 27).

Unter Berufung auf die Bekämpfung der „Reaktion", d. h. des vaterländischen und religiösen Geistes, wird von der sozialistischen Schulpolitik die Oeffentlichkeit des Unterrichts gefordert, die Eltern sollen also jeder Zeit Zutritt in das Schulzimmer haben. Aus der Absicht, in der man dieses Verlangen stellt, wird kein Hehl gemacht, so auch in dem vorhin erwähnten Schreiben der „Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands" in Berlin nicht. Diese Frage betrachten auch die Taktiker und Politiker der Sozialdemokraten in ihrer geschichtlichen Entwicklung als reif (Hohmann, S. 46), während sozialistische Minister zurückhaltend sind; so hat Haenisch die Zulassung der Eltern gestattet, falls der betreffende Lehrer damit einverstanden ist. Bestünde die Absicht der Gesinnungsschnüffelei nicht und bliebe die Sache eine rein pädagogische Frage, dann möchten wir uns hierin nicht rein ablehnend verhalten, doch auch vor jeder Uebertreibung warnen.

Die Schulpolitik der Sozialdemokraten legt die Entscheidung über prinzipielle Fragen in die Hand der Gemeinschaft. „Die sozialistische Weltanschauung kennt Freiheit nur insoweit, als sie nicht in Widerspruch gerät mit den berechtigten Interessen der Allgemeinheit" (Hohmann, S. 31). Die Eltern haben für die Ausführung zu sorgen.

Kultur und Schule.

Von Lehrer Pohlmann, Castrop.

Die Erfahrung lehrt immer wieder, daß Erwachsene mit besonderer Vorliebe und Begeisterung von ihrer Schulzeit und ihren Lehrern sprechen. Aus ihren Erzählungen geht deutlich hervor, daß ihre Lehrer ihnen Autorität waren und vielfach noch sind und daß sie trotz noch so strenger Zucht eine liebevolle Anhänglichkeit bewahrt haben. Eine erfreuliche Erscheinung für uns Lehrer. Falsch aber würde es sein, wenn man die Methoden und das Stoffmaß jener Zeit oder die Handhabung des Schulbetriebs vor längeren Jahren als Maßstab für die Beurteilung unserer jetzigen Schulverhältnisse verwenden wollte. So hat einmal ein Mädchen im letzten Schuljahr, von der Teilnahme am Unterricht in der Säuglingspflege entbunden zu werden, weil die Mutter gesagt hätte, in ihren Schuljahren hätte man so etwas nicht gelernt, ja nicht einmal wissen dürfen und aus jenen Mädchen wären doch gute Hausmütter hervorgegangen. Oder es kommt dabei gelegentlich zu dem Widerspruch, daß Männer, die ihrer ganzen Anschauung nach krasse Gegner der Prügelstrafe sind, ihren alten Lehrer loben, weil sie manches aus den Köpfen der Jungen hervorzaubern. Erziehung und Unterricht dürfen nicht auf demselben Punkte stehen bleiben. Sie bilden fürs Leben, und das Leben gestaltet sich zu andern Zeiten und in anderen Gegenden anders. Es bleibt gewaltigen Geistesströmungen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen Umwälzungen und Gestaltungen unterworfen. Und so fällt ein Abglanz aller dieser Strömungen und der Errungenschaften der Kultur auch auf das Schulleben. Dabei ist es nicht gesagt, daß die Erziehung und der Unterricht stets fördernd in die Entwicklung und Umgestaltung der Dinge eingreifen müßten, sie können vielmehr auch hemmend einwirken auf vielleicht ungewollte schädliche Beeinflussungen der menschlichen Eigenart und des Charakters, hervorgerufen durch fortschreitende Kultur. Was fordert nun unsere Zeit vor allen Dingen von der Schule? Sie fordert Erziehung zur Persönlichkeit. Bevor ich auf die Gründe dazu eingehe, möchte ich etwas über den Begriff „Persönlichkeit" sagen. Das Wort wird sehr viel gebraucht, und daher sind die Vorstellungen, die damit verknüpft sind, mannigfaltig. Auf dem Gebiete der Pädagogik schließt der Begriff zunächst die Anerkennung und Wertschätzung der Individualität, der Eigenart eines jeden Einzelnen, ein, baut also auf dem natürlichen Selbstbewußtsein des Menschen auf. Jeder Mensch sträubt sich dagegen, als Masse angesehen zu werden. Wie mancher Jüngling oder Mann, der mit den schönsten Idealen hinauszog ins Feld, verlor seine Ideale infolge der unvermeidlichen Behandlung ganzer Truppenteile als Masse, der schablonenhaften Behandlung ohne Berücksichtigung persönlicher Fähigkeiten, Anlagen und der ganzen Eigenart. Das Selbstbewußtsein lehnt sich auch auf gegen die Zumutung, zum Werkzeug anderer zu dienen. Manche Männer unserer Zeit sind groß geworden, indem sie es verstanden, Fähigkeiten anderer zu ihren egoistischen Zwecken auszunutzen, obwohl jene im guten Glauben handeln, der Allgemeinheit zu dienen. Die Erkenntnis, daß man ungewollt das Mittel eines Strebers geworden ist, wirkt niederdrückend. Kränkend empfindet es auch der Mann mit gesundem Selbstbewußtsein, wenn von seinen Leidenschaften (Trunk, Spiel) geredet wird. Man möchte eben nicht als Knecht äußerer oder innerer Mächte angesehen werden. Dieses gesunde Selbstbewußtsein ist die Grundlage zur Persönlichkeitsbildung.

Wer nämlich starkes Selbstbewußtsein hat, seiner Eigenart sich stets bewußt ist und sie anerkannt wissen will, der bildet sich leicht zu einem Charakter aus, d. h. aus der Eigenart heraus bilden Verstand und Wille gewisse Ideen oder Grundsätze, die mit Fleiß und Ausdauer in die Tat umgesetzt werden. Ein sittlicher Charakter handelt nur nach sittlichen Grundsätzen. Hohe, überragende sittliche Charaktere, die ihr Ich, ihr Wollen nicht nur im eigenen Tun und Lassen zum Ausdruck bringen, sondern auch einen Widerschein desselben in ihrer Umgebung verursachen, nennt man Persönlichkeiten. Leicht erklärlich ist es, daß Männer in einflußreichen Stellungen sich viel leichter zur Persönlichkeit herausbilden können als in niederer Stellung. Aber auch in kleinen Wirkungskreisen gibt es Persönlichkeiten. Die Hausmutter, die dem ganzen Familienleben, der Meister, der der Handwerksstube, dem Kreise der Gesellen, das Gepräge gibt so daß man ihre Eigenarten (natürlich sittlicher Art) erkennt, sind Persönlichkeiten. Selbstverständlich muß man sich nun hüten, jeden Hartnäckigen, jeden Trotzkopf als Persönlichkeit anzusprechen.

Warum fordert man nun von der Schule gerade in unserer Zeit, Persönlichkeiten heranzubilden? Weil die Zahl der Persönlichkeiten immer geringer wird, besonders in den Großstädten und Industriezentren. Günstiger ist es auf dem Lande. Dort sitzt man auf seiner Scholle, liebt Haus und Hof, hat immer dieselbe Umgebung, hat Freude am Erfolg seines Schaffens; Eigenart und Selbstbewußtsein werden günstig beeinflußt. Dem Handeln nach sittlichen Grundsätzen stehen nicht solch große Schwierigkeiten. Anders in [illegible] Kriegszentrum. Man wechselt Wohnungen und Arbeitsstätten, immer neue Umgebung wirkt verändernd, die vielen Zöllen vernichtend auf die Eigenart. Man freut sich nicht über den Erfolg der Arbeit, arbeitet [illegible] des Lohnes wegen, Anfang und Ende der Arbeit [illegible] Glockenschlag bestimmt; Reklame und Eigenart müssen dabei unterdrückt werden. Die Maschinen, die ursprünglich zum Schaffen des Menschen bestimmt waren, machen jetzt den Menschen zu ihrem Diener. Mechanisch wird halb der Dienst an den Maschinen versehen, die Maschine beherrscht den Menschen und bestimmt sein Tun. Unendlich auf Persönlichkeitsbildung wirkt auch die Arbeitsteilung, die den Arbeiter zwingt im Interesse höherer Produktionsleistung immer und immer wieder dieselbe Sache zu fertigen, dieselben Bewegungen vorzunehmen. Auch die großen Zusammenschlüsse der Arbeiter und Beamten zu den verschiedenen Organisationen, so notwendig und segensreich sie im sie tragen dazu bei, daß die Persönlichkeiten allmählich mehr und mehr schwinden. Wenn auch Versammlungen abgehalten werden, auf denen jeder zu Wort kommt, im Grunde sind es doch nur wenige, die die Massen leiten, für die Menge denken und handeln.

So haben die großen kulturellen Fortschritte der letzten Jahrzehnte bei all ihrem Segen und ihren Vorteilen für die gesamte Menschheit doch einen große Nachteil im Gefolge der besonders die Erzieher des Volkes angeht, die Seele des Menschen muß dabei verarmen. Denken, Entscheiden und Handeln nach persönlicher Eigenart treten in Berufskreisen immer mehr zurück. So liegt die Gefahr nahe, daß der Mensch überhaupt seine Eigenart mehr und mehr preisgibt, ein für die Entwicklung des Einzelnen sowohl wie für die Menschheitsentwicklung betrübende Erscheinung. Man hat nun die Schule einzusehen und dieser unerwünschten Entwicklung kräftig entgegenzutreten. Sie muß Eigenart und Selbstbewußtsein der Kinder pflegen, das Wollen und Handeln in sittliche Bahnen lenken und versuchen, schon während der Schuljahre die Entwicklung zur Persönlichkeit in die Kinder hineinzulegen, daß sie später befähigt sind, trotz der Hemmungen im Berufsleben zur Persönlichkeit auszureifen. Solche Menschen würden dann vorbildlich und segensreich auf ihre Umgebung, besonders auf die Heranwachsenden, einwirken. Die Schule unserer Zeit muß das umso mehr erstreben, als die Zukunft im Geschlecht gebraucht, das da wissen muß, was es will, um den wirtschaftlichen Aufbau des niedergeworfenen Deutschland weiterzuführen und zu vollenden.

Die religiöse Kindererziehung.

Während die religiöse Kindererziehung in Deutschland bislang in den verschiedenen Staaten auf Grund besonderer Landesgesetze geregelt war, ist durch das Reichsgesetz vom 15. 7. 21 über die religiöse Kindererziehung ein für das gesamte Reichsgebiet gültiges einheitliches Gesetz geschaffen, das mit dem 1. Januar d. Js. in Kraft getreten ist. Die besonderen Landesgesetze und der Artikel 134 des E. G. z. BGB sind durch das gesamte Gesetz aufgehoben worden. In Preußen ist das Gesetz auf Grund des § 11 bereits am 1. 10. 21 in Kraft getreten.

Ueber die religiöse Erziehung des Kindes bestimmt nach dem neuen Gesetz die freie Einigung der Eltern, soweit ihnen das Recht und die Pflicht zusteht, für die Person des Kindes zu sorgen. Die Einigung ist widerruflich und wird durch den Tod eines Ehegatten gelöst. Da sich die Religion des Kindes früher nach dem Glaubensbekenntnisse des Vaters richtete, ist der Mutter durch das neue Gesetz ein großer Einfluß und das direkte Mitbestimmungsrecht eingeräumt worden. Während bestehender Ehe kann von keinem Ehegatten ohne die Zustimmung des anderen bestimmt werden, daß das Kind in einem anderen als dem zurzeit der Eheschließung gemeinsamen Bekenntnisse oder in einem anderen Bekenntnisse als bisher erzogen werden, oder daß ein Kind vom Religionsunterricht abgemeldet werden soll.

Wird zwischen den Eltern eine Einigung bei Streitfragen nicht erzielt, so kann die Vermittlung oder Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes angerufen werden. Dieses hat vor der Entscheidung die Ehegatten, sowie erforderlichenfalls Verwandte, Verschwägerte und die Lehrer des Kindes zu hören, wenn dies ohne erhebliche Verzögerung und unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. Auch ist das betreffende Kind zu hören, wenn es das zehnte Lebensjahr bereits vollendet hat.

Steht die Sorge für die Person des Kindes einem Vormunde oder Pfarrer allein zu, so hat dieser, vorbehaltlich der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes, die Religion des Kindes zu bestimmen. Vor der Genehmigung sind ebenfalls die Eltern und erforderlichenfalls Verwandte und die Lehrer des Kindes zu hören, sowie das Kind selbst, wenn es das 10. Lebensjahr vollendet hat. Ist neben dem Vater oder der Mutter ein Vormund oder Pfleger bestellt, so geht bei Meinungsverschiedenheiten über die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, in dem das Kind erzogen werden soll, die Meinung des Vaters oder der Mutter vor, es sei denn, daß dem Vater oder der Mutter das Recht der religiösen Erziehung auf Grund des § 1626 des BGB. entzogen ist.

Besteht die erwähnte Einigung der Eltern über die religiöse Erziehung ihrer Kinder nicht, oder nicht mehr, so gelten auch für die religiöse Erziehung die Vorschriften des BGB. über das Recht und die Pflicht für die Person des Kindes zu sorgen.

Wenn ein Kind das 12. Lebensjahr vollendet hat, kann es nicht gegen seinen Willen in einem anderen Bekenntnisse als bisher erzogen werden. Mit der Vollendung des 14. Lebensjahres wird das Kind religionsmündig. Ihm steht dann die Entscheidung darüber zu, zu welchem religiösen Bekenntnisse es halten will.

Verträge über die religiöse Erziehung eines Kindes sind ohne bürgerliche Wirkung. Sie bleiben jedoch in Kraft, soweit sie nach der Verkündigung des Gesetzes vom 15. 7. 21 abgeschlossen sind. Ein bestehender Vertrag kann auf Antrag der Eltern oder des überlebenden Elternteils durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes aufgehoben werden.

Wer treu gewirkt, bis ihm die Kraft gebricht
Und liebend stirbt, nein, den vergißt man nicht.

Nachruf.

Am Montag morgen 4,30 Uhr wurde uns unser Vereinsmitglied die 1940

Hebammen-Schwester

Frau Elise Blanck

nach kurzem, schwerem Leiden durch den Tod entrissen. Wir verlieren in ihr eine aufrichtige Kollegin, deren Andenken wir stets in Ehren halten.

Der Hebammen-Schwestern-Verein Castrop-Habinghorst u. Umg.

Danksagung.

Für die vielen wohltuenden Beweise inniger Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden anläßlich des Hinscheiden meines lieben Sohnes und unseres guten Bruders Anton sprechen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten besonders dem Jungesellenklub „Fidele Brüder" und dem Gewerkverein christl. Bergarbeiter unsern herzlichsten Dank aus. 1918

Ww. Heinrich Füser u. Kinder.



Erdarbeiter gesucht.

1915 **CASTROP, Wittenerstr. 103.**

Möbl. Zimmer

für Büroangestellten gesucht. 1929

P. Schaumann, Castrop.

Waschmaschinen

599

eigene Fabrikation
tadellose Ausführung
billigste Preise

Ch. Hoings
(Firma: Fr. Geilmann)
Castrop Hint. d. Post.

Anker-Registrierkasse

etwas gebraucht, zu verk.

Arthur Genenger,
Dortmund, Ardeystraße 78
Telefon 5107. 1766

Gutes Milchschaf mit Lamm sowie Ponny mit Dogcart

zu verkaufen. 1910

Kaiser-Friedrichstr. 13.

Gelb. Steckrüben

gibt Ztr. und fuhrenweise billigst ab. 1949

Hein. Schick, Habinghorst
Josefstraße 16. Tel. 333.

Barachol

ein Triumpf der deutschen Medizin. Nur durch Einreiben der Hände beseitigt Barachol

Krätze

Die Wirkung unseres Präparates ist von verblüffendem Erfolg. Barachol erübrigt außer Schmierkur die Desinfektion der Wäsche. 1938

Zu haben in Castrop:
Adler-Drogerie, H. Köster, Schwanen-Drogerie,
in Ickern:
Viktoria-Apoth., Central-Dro., Glück-Auf-Drogerie



Unter unglaublichen Schwierigkeiten

ist es mir jetzt doch noch gelungen,
aus altem Abschluß
eine 1936

grosse Sendung Möbel

und zwar insbesondere **Küchen u. Schlafzimmer** aus besem Material und in feinster Verarbeitung hereinzubekommen. Ich stelle diese

unter dem heutigen Tagespreis

zum Verkauf und bitte Interessenten um geneigte Besichtigung. Hervorragend, vorteilhafte Einkaufsgelegenheit biete ich für

hübsch und solide ausgeführte Modelle

vor allem

Schlafzimmer und Speisezimmer in Eiche und stilvolle Einzelmöbel.

Möbel-Zentrale LOTZGESELLE, Rauxel.

Frischmelke
Kuh
(4 Tage melk)
1 schweres
Mutterkalb
zu verkaufen.
Ferner mehrere 100 Ztr. gute
Pflanz- und Speisekartoffeln
gibt ab 1939
Fr. Riese, Bochumerstraße

Ein 1933
Schwein
zum Weitermästen billig zu verkaufen. 1933
Münsterstr. 220

Kinderwagen

zu verkaufen. 1914
Kaiser-Friedrichstr. 37, II. lk.
Anfragen abends nach 7 Uhr

Getragene Kleider,

Schuhe, Wäsch etc. kauft zu hohen Preisen.
Partiewarenhaus „Zur billigen Quelle"
Biesenkampstr. 2 am Markt

Asthma

kann geheilt werden. Sprechstunden in **Dortmund, Burgwall 10/12 (Hotel Westfalenhof)** jeden Dienstag von 9—1 Uhr. 9100
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt, Berlin SW 11

5—10 Zentner
Wiesenheu
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an 1945
Wilh. Schäfer jr.
Schwerin Frohlinderstr. 37

Würmer:

Radikale Beseitigung durch echtes Wörishofen Wurmitin
Allein echt: Wörishofener Naturheilwerke Elberfeld.
Niederlage: **Drogerie H. Köster. Castrop.** 478

Wohnungstausch.

3 Zimm.-Wohnung
mit Keller u. elektr. Licht in **Lütgendortmund**
gegen 2—3 Zimm.-Wohn. in **Castrop oder Umgegend.**
Zu erfragen i. d. Geschäftsstelle dieser Ztg. 1944

Junges Ehepaar sucht per bald
2 leere Zimmer
gegen gute Bezahlung.
Gefl. Offerten unt Nr. 1942 a. d. Geschäftsstelle dies. Ztg.

3 Zimmer-Wohnung
paterre, mit Stall u. Gartenland in Disteln b. Recklinghausen gegen eine 3—4 Zimmerwohnung in Castrop oder Umgegend zu tauschen gesucht.
Offerten unter Nr. 1919 an die Gesch. d. Ztg.

Blasenschwäche
beseitigt mit
glänzendem Erfolge
Täglich einlaufende Anerkennungen Auskunft 1260 frei.
Institut Kaumer
Recklinghausen i/W. N. 223

Junger solider Mann sucht für sofort oder später
möbl. Zimmer
mit Morgenkaffee
Offerten unter 1920 an die Gesch. d. Ztg.

Schlafstelle

für ordentliche Handwerker sofort gesucht. Angebote erbittet 1916
Baugeschäft Th. Hermann
Castrop.

Tüchtige Verkäuferinnen

für Manufaktur und Konfektion gesucht, ferner
Lehrmädchen
aus achtbarer Familie.
S. Heumann,
1941 Habinghorst.

Bürobeamter, flotter Maschinenschreiber sucht schriftliche
Nebenbeschäftigung
in den Abendstunden.
Angeb. erbet. unt. Nr. 1888 a. d. Geschäftsst. dies. Zeitg

Suche zum 1. oder 15. April ein braves, kath.
Mädchen
für Küche und Hausarbeit.
Frau Dr. Frankenberg, Habinghorst, 1936
Kronprinzenstraße 101.

Fleißiges, kath. 1902
Tagesmädchen
für sofort gesucht.
Frau Johann Görtz,
Amtsstraße 19.

Für sofort oder 1. April sauberes 1928
Mädchen
bei guter Kost und hohem Lohn gesucht.
Möbelhaus H. Lotzgeselle
Rauxel.

Für sofort ein ordentliches
Morgenmädchen
gesucht. 1932
Frau Hethey,
Biesenkampstr. 2.

Suche sofort ein kräftiges katholisches 1893
Mädchen
nicht unter 19 Jahren.
Apotheker Steins,
Rauxel.

Junges Mädchen, 20 Jahre alt, sucht zum 1. 4.
Stellung
als Stütze der Hausfrau im kath. Hause.
Offerten unter Nr. 1935 a. d. Gesch. d. Ztg.

2 Gänse

abhanden gekommen. Wiederbringer erhält Belohnung.
H. Haller,
Gasthof zur Post,
am Markt. 1934

Die Beleidigung

gegen Wilhelm Assmann nehme ich zurück. 1922
H. B.

Der bekannte
Naturheilkundige
Haverkamp
ist jeden Montag von 10—5 Uhr im
Restaurant Klein
vorm. Rombeck in Rauxel zu sprechen. 6331

Commerz- und Privat-Bank Aktien-Gesellschaft

Zweigstelle Rauxel in Habinghorst, Kronprinzenstrasse 78. Fernsprecher: Amt Castrop 245. Postscheck-Conto: Amt Dortmund 11720.

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte. 953

Annahme von Spargeldern. Auszahlung und Umwechselung fremder Geldsorten.

Dr. Thompsons Seifenpulver

gibt blendend weiße Wäsche



Achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke Schwan

Conditorei und Café F. Becker

Die Renovierung meiner Geschäfts-Räume ist beendet. Von :: morgen ab ist auch die ::

Weinstube geöffnet

Conditorei u. Café befindet sich jetzt rechts, die Weinstube links des Eingangs. H. HASLINDE. 1951

HOTEL BUSCH
INH.: E. NOCKEMANN

Sonntag, den 26. März 1922 1937

Anfang 4 Uhr **BALL** Anfang 4 Uhr

Café Rustemeyer
Telefon 323 Castrop Widumerstr. 5

Gemütliches Familien-Café.
Sonntags ab 4½ Uhr:
Unterhaltungsmusik.
— Eigene Conditorei — 635

Auf nach Schwerin!!
Gasthof „Glück Auf"

Sonntag den 26. März 1922
Grosser Ball
Ia. Parkettboden 1943
Es ladet freundlichst ein Hermann Rehrmann.

Ausbildung zum Chauffeur
erfolgt für jedermann aus jed. Berufe o. Berufsstörung in der Bochumer Privat-Chauffeur-Schule Hernerstr. 77 u. 80. Von der höh. Verwaltungsbehörde genehmigt. Eintritt tägl. Auskunft kostenlos.

Technikum Lemgo
Maschinenbau, Elektrotechn. Hoch- und Tiefbau, Ziegeleifach. 4106
Neue Laboratorien.

Was ist ? Bronchiol ?
Bronchiol befreit die sofort von
Husten Heiserkeit, Erkältungen usw.
zu beziehen durch: 8718
Adler-Drogerie H. Köster, Castrop, Wittenerstraße 26
Kreuz-Drog. Fr. Endeman. Merklinde
Westfalia-Drog. Fritz Fuls, Habingh. i. W.
Franz Schmitz, Central-Drogerie Rauxel, i. W.
Adler-Drogerie Theod. Hoffmann, Rauxel-Bahnhofstr. Kaiserstr. 11.

Odeon Varieté-Palast
Dortmund
Brückstr. 30/40 Tel. 3047, 4900

Das neue Weltstadt-Programm
ab 15.—31. März
2 Musikal Grimsbys
Sumi
der akrobatische Sprechkomiker
Netty Janowsky Truppe
Hand- u. Kopf-Equilibristen
Sliwosko
der unzerbrechl. Holländer
Fritz Schwiegerlings
humorist. Marionetten.
Hooc & Paul
der Hundehändler
Paula Stanley 1913
Spitzentänzerin
Robert Pohlmann
der beliebte Komiker prolongiert mit neuen Schlagern
4 Daniels
deutsche Weltmeisterschaftsturn. die weltbekannten
5 Poncherys
alte Kunst im neuen Rahmen

Karten sind an der Kasse von 10-1 Uhr ununterbrochen zu haben. Tel. 3047 u. 4900.

Noch können Sie

günstig einkaufen. 1925

Die jetzt neu hereinkommenden Frühjahrs- und Herbst-Neuheiten sind alte Abschlüsse.

Wir bieten Ihnen jetzt noch besonders große Vorteile.

Wir haben noch großes Lager in

Herren- u. Burschen-Anzügen
Eleganten Schlüpfern
Modernen Covercoats
Gabardin- und Lodenmänteln, Gummimänteln
Konfirmanden- u. Kommunikanten-Anzüge

Herren-Bekleidungshaus

Schauburg
Dortmund G. m. b. H. Dortmund

Brückstr. **66** I. Etage

Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

Fest-Spiele im katholischen Gesellenhaus

Mysterienspiel 1950
„Das Heil der Welt"
5. Aufführung heute abend 7,30 Uhr.
Sonntags-Aufführungen
nachmittags 3,30 Uhr, abends 7,30 Uhr

Karten sind zu haben bei Kirsch, Lambertz und an der Kasse.

Bildungsausschuß der kathol. Vereine.

Der Wanderklub „Immer lustig" Castrop
feiert am Sonntag, den 26. März, nachm. 4 Uhr im Lok. des Herrn Haller a. Markt sein diesjähriges
Frühjahrskränzchen
bestehend in
Konzert, Ball, Verlosung und Saalpost.
Alle Freunde und Gönner des Wandersports sind dazu herzlichst eingeladen. Das Festkomitee. 1916

B.
WELLNER
Metropol-Theater
Castrop, Kaiser Friedrichstraße 21.

Aelteste und hervorragendste — Lichtbildbühne am Platze — verbunden mit Cafe-Restaurant
Eigene elektr. Lichtzentrale. - Zentralheizung
Fernruf 144 Amt Castrop

Samstag 25. 3. Sonntag 26. 3. Montag 27. 3.

Das dritte Auge
(3. Teil)



Todesfahrt im wilden Westen

Abenteurer- und Sensationsfilm in 4 Abteilungen.
4. Teil: Endlich! Schon am 31. März.

Luciano Albertini
in
Die eiserne Faust
Sensations-Schauspiel in 6 Akten von Joseph Delmont.
Albertini, Ellen Ulbri, Palata und Jack — ein Schimpanse — bürgen für Qualität des Films.
Nach monatelanger, stürmischer Seefahrt landet der Globetrotter und Raubtierjäger Sansone in der Heimat .....

Nur an Wochentagen:
Maria Fein und Theodor Loos
in
Opfer der Blutrache
Eine Tragödie in 5 Akten.

Sonntag Lustspiel-Einlage:
Das böse Gewissen.

Aenderungen im Programm vorbehalten. 1946

Jugendliche unter 18 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt.

Für die musikalische Begleitung der Filme Herr Kapellmeister W. Mohr.

Einheitsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener
Ortsgruppe Castrop u. Umgegend.

Sonntag, den 26. ds. Mts. morgens 10 Uhr im Lokale Haller
Generalversammlung
Referent: Kamerad Ante über Verschmelzung. Die Versammlung ist beschlußfähig. 1926
Der Vorstand.

Dramatisch. Klub „Deutsche Krone"
OBER-CASTROP. 1930
Am Sonntag, den 26. März, im Vereinslokale Th. Bresser, Wilhelmstr. 48.
Konzert, Vorträge mit Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Kleiner Zu Dortmund

Mittwoch, den 5. April, nachmittags 3 Uhr.

Preise und Prämien ca 450 000 Mark. 1943

Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechmaschinen, Schallplatten

und sämtliche Ersatzteile

empfiehlt preiswert und gut

Reinh. Neumann, Sodingen

Mont Cenisstr. 21 (gegenüber dem Markt).
Reparaturen aller Fabrikate werden prompt und sachgemäß ausgeführt. 8510

Schirm-Reparaturen

jeder Art, werden sauber und gut in eigener Werkstätte schnellstens ausgeführt.

Auf eilige Reparaturen kann gewartet werden.

Ueberziehen sowie Neuanfertigung nach Wunsch.

Albert Langenbach, Herne

Schirmfabrik

Bahnhofstr. 44. Telefon 449.

Kurbel- und Handstickerei,

Feston, Loch- und Plattstichstickerei

mit der Maschine 3957

Plissee in verschiedenen Arten

Hohlsaum, Stoffknöpfe. Aufzeichnen v. Stickereien. Schnellste u. sauberste Anfertigung.

Schneiderinnen erhalten Rabatt.

Frau Frida Wittig, Herne

Tel. 648 Schulstrasse 40 (Neumarkt) Tel. 648

Platin, Gold, Silber, Juwelen

kauft 8396

Rupert Schmudde, Juwelier,

Castrop, Wittenerstraße 3 am Markt.

Frau A. St. in R. empfiehlt als bewährtes Mittel gegen

Sommersprossen

Obermeyer's Medizinal- und Wärmste Zur Nachbehandl. in Kerbs-Creme bei zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drog. und Parfümerien.

Gerber-Preis

u.a. in d. Adler-Drogerie Heinz Köster zu Castrop i. W.

Es ist allgemein bekannt,

daß infolge der erhöhten Kohlenpreise, Frachten und Produktionskosten eine **ungeahnte Teuerung** für alle Waren eintritt. Wir machen unsere geehrte Kundschaft darauf aufmerksam, daß wir noch zu **mäßigen Preisen** infolge günstiger Einkäufe

Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge

Cummimäntel, Joppen und Hosen.

in Zwirn, Pilot, Buckskin, Kammgarn; sowie Manchesterhosen, blaue Arbeitskleidung verkaufen.

Wir bieten hierin eine sehenswürdige Auswahl!

Schuhwaren für Damen- Herren und Kinder

in schwarz, braun, mit und ohne Lack.

Große Posten gebr. Militärschuhe neu besohlt mit Doppelsohle

Alles bei kulanter Bedienung zu billigen Preisen!
Benutzen Sie zum Einkauf möglichst die Vormittagsstunden!

Kaufhaus für Volksbekleidung

Castrop. Münsterstraße 16.

Warum so schüchtern?

Wenn Ihnen wirklich etwas an einem durchschlagenden Erfolg liegt, dann dürfen Sie nicht ängstlich und kleinlich sein.

Wer wagt, gewinnt!

Nur wer etwas ins Geschäft hinein steckt, wird etwas herausnehmen können. Reklame kostet Geld, bringt es aber doppelt u. dreifach wieder ein. Inserieren Sie in der Castroper Zeitung.

Wer hat Stoff!

Fertige an: Anzüge, Paletots, Schlüpfer usw. nur in eigenen Werkstätten mit guten Zutaten von Mk. 550 an 1185

Mechanische Großschneiderei Heinr. Redich, Herne,

Neustrasse 76. 5 Minuten vom Hauptbahnhof.



Kaufe

gebrauchte Möbeln, Herde usw. zu den höchsten Tagespreisen.

Bak, Habinghorst,

Josefstraße 18. 1116

Alle Arten Damen-Hüte

werden nach modernsten Formen

umgenäht

Geschw. Mohr

Fassonier-Anstalt in Damen- und Herren-Hüten

Ickern, Dorfstraße 9,

Eine Straßenbahnfahrt wird vergütet. 1730

Heute ein Waggon 1931

Steckrüben

Ludwig Hellmannzick.

Die besten und billigsten

Futterartikel

für Pferde, Kühe und Schweine erhält man bei

H. Rockefuss, Mühle

am Schlachthof. — Telefon 123.

Pastor Felkes Heilweise

Homöopathie, Naturheilverfahren. Spezialität: Gallensteine. Entfernung ohne Operation. Veraltete Magen-, Herz-, Nerven-, Nierenleiden, Beingeschwüre, Hautleiden. 5231

Bandwurm- und Entfettungskuren.

Erfolg garantiert.

Blutuntersuchungen (nach Wassermann)

Frauenleiden und Kinderkrankheiten.

C. Jürgens, Herne, Vinckestr. 9, Sprechst. v. 9-12 u. 2½-5 Uhr, Sonntags geschlossen.

2000 Mk. Belohnung!

„Barachol" beseitigt Krätze auch in den ausgeprägtesten Fällen, ohne den Körper einzureiben, lediglich durch Einreiben der Hände. Zu haben in Castrop, Ickern, Rauxel, Habinghorst in allen Apotheken u. Drogerien.

Obigen Betrag zahlt für den Fall wo unser Präparat versagt, **Pharma,** Münster i. W.

Haverkamp Homöopath

M. d. V. H. E. V.



Behandlung sämtlicher Krankheiten auch in veralteten Fällen. **Sprechzeit** nur in Habinghorst, Bülowstraße 19, Haltestelle Post, **jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag** von 9—5 Uhr, **Sonnabend** von 10—12 Uhr vormittags. Bitte Wasser mitbringen. 1776



Hühneraugen

werden Sie sicher los durch Hühneraugen-Lebewohl **Hornhaut an der Fußsohle** beseitigt Lebewohl **Ballen-Scheiben.** Kein Verrutschen kein Festkleben am Strumpf. Blechdose 4.— u. 6.— Mk. 798

Drogerie H. Köster, Wittenerstr. 26, Drogerie Fr. Schmitz, Rauxel, Bahnhofstr. Glückauf-Drog. A. Rohrer, Ickern.

Gute **MÖBEL** 261

Trotz der täglich steigenden Preise bin ich noch in der Lage, Sie **sehr preiswert** zu bedienen.

Spezial-Möbelhaus

J. ROSENBERG

Herne, Bahnhofstraße 62

Telefon 1072.

Die neuesten Frühjahrs-Moden

in Leder-, Tüll-, Seiden- und Stroh-Hüten

Moderne Seiden-Strickjacken

und Jumper

in verschiedenen Preislagen. Umpreßhüte bitte jetzt schon zu bringen. (Eig. Umpreß-Anstalt)

Frau Jul. Sons, Herne - Wilhelmstraße 37

Kein Laden. 1826